

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Dr. Manfred Sohn, Mitglied des DKP-Parteivorstandes

Geburtstag der DDR: Ein Feiertag

Den 7. Oktober feiere ich. Zum einen ganz privat, weil da eins meiner Kinder Geburtstag hat. Zum anderen politisch, weil da die DDR Geburtstag hat. Und ein runder Geburtstag - wie der jetzige 50. ist immer ein besonderer Grund zum Feiern. Eine ordentliche Geburtstagsfeier für eine 50-Jährige hat es nicht mehr nötig - wie vielleicht noch bei meiner jetzt 7-jährigen Tochter - nur die Schokoladenseiten zu betonen. Nein, mit 50 gehört sich ein Glückwunsch nach dem Motto: „Meine Liebe, gerade die, die Dich genauer kennen, wissen um Deine schwachen Seiten, aber wir wissen vor allem, daß wir alle unendlich armer wären ohne Dich!“

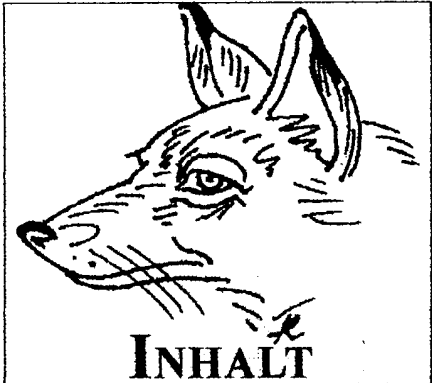
Politische Feiertage haben noch eine zusätzliche Nuance über persönliche Geburtstage hinaus: Mit dem historischen Abstand wächst nach und nach durch alle Widersprüche hindurch die Fähigkeit der Menschen, die Bedeutung eines solchen Feiertages einzuschätzen.

Der 14. Juli 1789 strahlt heute heller als in der Zeit der europäischen Restauration. Damals, in den Zeiten des Wiener Kongresses, stand in der Wertung des 14. Juli die Verteilung der Französischen Revolution im Vordergrund - heute, mit größerem historischen Abstand, vor allem ihre unauslöschlichen Verdienste um den menschlichen Fortschritt.

Das wird mit dem 7. Oktober 1949 nicht anders sein. Schon jetzt, 10 Jahre nach dem Verschwinden der DDR, schält sich heraus, was in weiteren 10, spätestens 20 Jahren, für jeden denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit sein wird: Im Vordergrund der Wertung dieser 40 Jahre DDR steht nicht die Frage der Gründe ihrer Niederlage, sondern die Frage, was sie der deutschen Geschichte an positiven Impulsen gegeben hat. Und der Einwand, mit dieser

Gewichtung würde man sich um die Frage der Gründe der Niederlage herumdrücken, wird dann genauso lächerlich klingen wie der Vorwurf, mit der Betonung auf die Errungenschaften der Französischen Revolution würde man sich der Frage entziehen, warum sie denn wieder in einem Kaiserreich geendet habe.

An der Schatztruhe DDR werden wir noch lange zu arbeiten haben. Unersetzlich sind dabei vor allem diejenigen, die einerseits die DDR mit gestalten und andererseits das glückliche und verantwortungsvolle Schicksal tragen, mit dem Abstand eines Jahrzehnts diese Erfahrungen analysieren und auswerten zu können. Zweierlei ist dabei klar: Erstens wird die DDR für immer der erste, aber nicht der letzte sozialistische Staat auf deutschem Boden sein. Zweitens werden diejenigen, die das nächste rote Banner in Berlin aufpflanzen, das mit Erfolg und dauerhaft nur tun können, wenn sie bewußt auf den Schultern der Erbauer der DDR stehen. Die Dokumente der DDR werden die jungen Leute, die das dann tun, selbst durchdringen. Von unschätzbarem Wert aber werden für sie jene Analysen sein, die Männer und Frauen, die Mitgestalter der DDR waren, im Abstand von 10 bis 20 Jahren nach ihrem Ende angefertigt haben. Diese Generation bildet eine Klammer zwischen den authentischen Materialien, dem persönlichen Erleben und der Wertung. Niemand außer ihnen kann die Funktion dieser Klammer übernehmen - auch noch so kluge kommende junge Garden nicht. Die wissenschaftliche Spurensicherung, die so eine neue sozialistische Offensive mit vorbereitet, muß jetzt geleistet werden. Sie hat historischen Rang und sie ist gleichzeitig eines der nützlichsten Geburtstagsgeschenke, die man einer 50- oder 60-Jährigen, die Großes geleistet hat, machen kann.



Zum 50. Geburtstag der DDR	S. 1
Laudatio	S. 2
Es begann schon viel früher...	S. 3
„Die DDR geht von uns“	S. 4
„Nostalgisches“	S. 4
Über das Addieren von Äpfeln und Birnen	S. 5
Konstruktive Kritik	S. 6
Eine Schutthalde von Worthülsen	S. 7
Wahlerfolge und Springer-Lob	S. 8
War das Rechtssystem der DDR dem bundesdeutschen unterlegen?	S. 9
Sprache und Klassenkampf	S. 10
Eine Konferenz, die aufhorchen läßt	S. 11
Im Sternestädtchen zu Besuch	S. 12
Über Restaurationsperioden	S. 13
Von der Wissenschaft zur Utopie	S. 14
Kriegshetze und Friedensheuchelei	S. 15
Wessen Paranoia?	S. 15
„Menschenrechte“ und „Politische Häftlinge“	S. 16
Ho Chi Minh	S. 17
Eine Lügenkanone in Schwerin	S. 17
Kette von Unrecht	S. 18
Die große Rolle des Sam Silverberg	S. 19
Nachdenken über Hinterbliebene	S. 20
Von Schänke zu Schenke	S. 20
Flamme der Aktion ...	S. 21
Leserbriefe	S. 21
Infos & Termine	S. 24

Wenn ich eine Laudatio halten müßte

Ein unauslöschliches Datum

Am 7. Oktober 1949 wurde ich als 18-jähriger Bürger der DDR. In ihr habe ich gelebt, für sie habe ich gearbeitet, mit ihr habe ich gekämpft. Bei wie vielen Feierstunden ihr zu Ehren bin ich eigentlich selbst als Festredner aufgetreten? Ich weiß es nicht mehr genau. Wenn ich diesmal darum gebeten würde, eine Laudatio zum Fünfzigsten zu halten - wie würde sie wohl aussehen?

Ich überlege, was ich heute - ein Jahrzehnt nach der Niederlage und angesichts der Nichtexistenz der Jubilarin - in einer Rede zur „Würdigung der Verdienste“ (so wird Laudatio im Lexikon beschrieben) sagen müßte. Unverändert wäre mein Urteil: Diese sozialistische Republik war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung! Waren wir doch dem anderen deutschen Staat trotz dessen haushoher Überlegenheit auf vielen Gebieten um eine ganze Epoche voraus!

Halt, wird hier jemand einwenden: Errungenschaft nur der Arbeiterklasse, nicht auch der Bauern, der Intelligenz, des Volkes? Ja, ich würde meine Definition in diesem Sinne erweitern. Doch klingt das nicht angesichts des fatalen Ausgangs der Dinge viel zu pompös, ist das nicht für die meisten gar nicht nachvollziehbar? So hatte kürzlich ein erfahrener Genosse, der darüber denkt wie ich, nicht ohne Grund eingewendet: Schwimmen wir damit nicht gegen den Strom? Mag sein, aber es ist schließlich die Wahrheit. Und diese muß auch dann ausgesprochen werden, wenn sie angesichts der allgemeinen Anpassung, der Aufgabe von Prinzipien und des Zurückweichens vor dem übermächtigen Druck des Gegners unpopulär ist. Man muß die Wahrheit sagen, selbst wenn sie von vielen nicht mehr oder noch nicht wieder verstanden wird.

Doch zurück zur Laudatio. Zuerst würde ich wohl darüber sprechen, was mich - einen jungen Chemiearbeiter - auf die Seite der DDR und des Sozialismus gebracht hat. Da waren die schweren ersten Nachkriegsjahre und die im Osten vollzogenen tiefen Umwälzungen. Sie besaßen große Anziehungskraft auf uns Junge. „Das neue Leben muß anders werden ...“ sangen wir damals aus innerster Überzeugung. Antifaschisten nahmen uns - auch mich - an die Hand. Sie halfen uns, den Kopf vom Ungeist der Nazis frei zu bekommen. Ungezählte bekannte und unbekannte Namen dieser Lehrer könnte ich anführen! Was waren das für offene, erregende Debatten! In ihnen gab es keine Tabus, Gefühl und Verstand hielten sich die Waage. Da war keine Spur von „Zwang“, von dem die heutigen Umdeuter der Geschichte schwadronieren.

Mein Leben bekam Sinn und Inhalt. So war es nur folgerichtig, daß ich mich am 7. Oktober 1949 zum neuen Staat bekannte. In den 50er Jahren drang ich allmählich in den Mar-

xismus ein. Mein Klassenbewußtsein entwickelte sich, ich begann politisch zu denken und zu urteilen. Und als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde, war ich mit ganzem Herzen dabei. Wir stellten uns ein großes Ziel. Es entsprang keiner „Lex Ulbricht“ und beruhte auch nicht auf „Weisungen aus Moskau“. Der Sozialismus stand auf der Tagesordnung. So hatten es nach 1945 alle Parteien - sogar die CDU auf ihrem Ahlener Parteitag - verkündet. Aber allein die SED stellte sich der geschichtlichen Herausforderung.

In Gedanken an die Laudatio gerate ich ins Stocken. Soll ich nun die lange Reihe der Erfolge auflisten? Wieso eigentlich Bekanntes wiederholen? Vielleicht zur Rechtfertigung? Nein, meine Zuhörer haben ihre eigenen Erfahrungen und ihren eigenen Kopf. Ich müßte einfach sagen: „Erinnert euch, denkt nach, vergleicht.“

Doch vielleicht das mir Allerwichtigste: das Miteinander der Menschen. Bei uns gab es keine Ellenbogengesellschaft - wie vorher im Westen und jetzt auch in der großdeutschen BRD. „Einen Menschenstaat“ hatte ein Dichter die DDR genannt. Ist das nicht maßlos übertrieben? Lief alles wirklich so glatt? Gab es nur Zufriedenheit?

Natürlich würde ich auch darüber sprechen, warum die DDR und der Sozialismus am Ende trotz alles Guten eine solche Niederlage erlitten haben und einfach untergegangen sind. Wo sehe ich Gründe dafür? Eine umfassende Antwort kann wohl noch niemand geben. Die Ursachen waren vielfältig und sehr unterschiedlicher Natur. Dazu gehören die Weltkonfrontation, der Klassenkampf bis aufs Messer von Anfang an, aber natürlich auch schwerwiegende eigene Fehler, Irrtümer und Defizite, objektive und subjektive, vermeidbare und kaum vermeidbare.

Wie frisch sind noch meine Erinnerungen an die komplizierten Ausgangsbedingungen, an die Schärfe des Kalten Krieges, in dem der Gegner alle Register zog, an den ständigen Belagerungszustand, den wir diplomatisch zwar durchbrechen konnten, nicht aber auf den Feldern der Wirtschaft und den Gebieten von Wissenschaft und Technik. Nein, auch das sei gesagt, die DDR, der Sozialismus waren zu keiner Zeit eine „Idylle“ oder ein Paradies, wo Milch und Honig flossen. Es liegt mir fern, irgendetwas zu idealisieren und Mängel oder begangene Fehler „herunterzuspielen“ oder wegzuretuschieben - eine Absicht, die uns manche gelegentlich unterstellen. Doch ich staune, mit welcher Ignoranz einige bei ihrer „Fehlerrückblick“ Urteile fällen, ohne die konkreten Bedingungen von Raum und Zeit ins Auge zu fassen. „Ihr habt versagt“, wirft man uns bisweilen vor, ohne die Umstände in Betracht zu ziehen, auf denen die Entscheidungen beruhten.

Auf einen fundamentalen Fehler würde ich in

der Laudatio indes unbedingt verweisen. Wir haben unterschätzt, wie lange Veränderungen im Bewußtsein der Menschen brauchen, wie widerspruchsvoll sich der Wandel in den Lebensvorstellungen, Bedürfnissen, Wertmaßstäben und Verhaltensweisen vollzieht. Statt auf Leninsche Art das Bewußtsein in der eigenen Partei, in der Arbeiterklasse und bei anderen Schichten der Gesellschaft gründlich, kritisch und selbstkritisch zu untersuchen, waren wir häufig mit oberflächlichen Einschätzungen und plakativem Geschwätz zufrieden. Statt dialektisch zu handeln und entstehende Widersprüche oder herausziehende Konflikte auf kubanische Art offen mit den Menschen zu erörtern, haben wir nicht selten dogmatische Postulate verkündet, die das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkten. Wir steckten den Kopf in den Sand und hielten die Anpassung an das Leben in der DDR fälschlicherweise für sozialistisches Bewußtsein. Das ist uns auf die Füße gefallen. Wir haben letztlich den Kampf um die Köpfe der Menschen verloren.

Natürlich darf man die Rolle der äußeren, der strategischen Faktoren nicht unerwähnt lassen. Der Ausgang der Ereignisse im Jahre 1989 war keineswegs „historisch determiniert“ und von Beginn an unabwendbar. Gorbatschows Revisionismus, die Preisgabe der DDR durch Moskau, der Verrat anderer „Verbündeter“ wie Ungarns sowie die Konzeptions- und Sprachlosigkeit der schwachen eigenen Führung erleichterten es dem Gegner, die ernste Krise rasch auszuweiten und eine unzufriedene, verunsicherte Bevölkerung für seine Ziele zu manipulieren. Passives Zurückweichen und kleinbürgerlich-opportunistisches Denken gewannen auch in der Partei die Oberhand. Die „Reformer“ hatten leichtes Spiel. Und als die Konterrevolution gesiegt und der knallharte Kapitalismus Einzug gehalten hatten, neben sich viele die Augen und erklärten, es „so“ nicht gewollt zu haben.

Enden würde ich meine Laudatio mit einem Blick nach vorn. Ohne Luftschlösser, Kaminträume und rosafarbenes Wunschdenken. Denn was kommen wird, ist heute schwer zu sagen. Aber eine Prognose wage ich: Es wird den fanatischen DDR-Auslöschern so ergehen, wie es Bertolt Brecht in seinem berühmten Gedicht „Die unbesiegbare Inschrift“ geschildert hat. Je mehr sie versuchen, die Geschichte des sozialistischen deutschen Staates zu übertünchen und auszukratzen, um so deutlicher werden die Lettern der beiden Worte DDR und Sozialismus wieder hervortreten. Und eines Tages wird eine neue Generation die Fackeln zum Sieg tragen. Damit der Funke auch in kalten und finsternen Zeiten nicht erlischt, sind und bleiben wir Kommunisten.

Dieter Itzerott

Zum 60. Jahrestag des Überfalls auf Polen

Es begann schon viel früher ...

Im Fernsehen wurde am 1. September 1999 verkündet: „Heute vor 60 Jahren 'brach der Zweite Weltkrieg aus'“. In einem anderen Sender hieß es: „Vor 60 Jahren erklärte Hitler den Krieg.“ Beides ist falsch. Ein Krieg „bricht nicht aus“, sondern wird geplant, vorbereitet, erklärt oder auch nicht. Der Krieg gegen Polen wurde nicht „erklärt“: Das Schlachtschiff „Schleswig-Holstein“, zu einem Flottenbesuch an der polnischen Küste, eröffnete ohne Kriegserklärung das Feuer auf die Westerplatte.

Niemand zweifelt an Hitlers Kriegsschuld. Aber daß hinter Hitler und seinem Krieg andere standen - das fand man in den der „freien“ Information ergebenden Medien nicht. Die „hinter Hitler standen“, saßen an Rhein, Ruhr, Alster, Isar und Main und wollten ihren Milliarden neue Milliarden hinzufügen: Wie könnte das schneller gehen als durch Rüstung und Krieg! Sie saßen auf Rittergütern und wollten ganze Provinzen für ein angebliches „Volk ohne Raum“. Sie saßen im Generalstab und hofften auf Ruhm und fette Beute. Das hatte Macht und wollte mehr Macht. Sie hatten Deutschland und wollten die ganze Welt! Deshalb hatten sie einen Hitler gesucht und gefunden, damit er ihr Geschäft besorge. Vor 80 Jahren war der erste Versuch an Marne und Somme, vor Verdun und in Versailles gescheitert. Man könnte meinen, dieser Vertrag sollte Deutschland überall Fesseln anlegen. Überall? Der Versailler Vertrag legte fest, alle deutschen Befestigungen im Westen seien zu schleifen; die deutschen Bunker im Osten werden erhalten! Die deutschen Truppen im Baltikum sollen dort verbleiben. Die deutsche Westgrenze wird festgelegt. Die deutsche Ostgrenze bleibt offen!

Sechs Jahre später - 1925 -: die Konferenz von Locarno. Die deutsche Westgrenze wird feierlich garantiert, die deutsche Ostgrenze bleibt weiter offen! Deutschland wird eine Rüstung zugestanden, die über die Beschränkung des Versailler Vertrages erheblich hinausgeht. Aber wie sollte es diese bezahlen - nach vier Kriegsjahren, nach der mörderischen Inflation, nach Reparationszahlungen bis zum Weißbluten? Am 10. Januar 1925 gewährt das amerikanische Bankhaus Dillon, Read & Co der August-Thyssen-Hütte eine Anleihe von 12 Mio Dollar. Am 26. Januar 1926 erhält die Rhein-Elbe-Chemie vom selben Bankhaus 25 Mio Dollar. Ein halbes Jahr später bekommt die Thyssen-Hütte weitere 5 Millionen. Dann erfolgt der Zusammenschluß der großen deutschen Montan- und Bergwerksunternehmen zu den Vereinigten Stahlwerken. Leiter: Fritz Thyssen.

Und wieder fließen amerikanische Dollars: Am 26. Juli 1926 sind es erneut 30 Millionen. Amerikas Herren finanzieren Deutschlands Herren. Aber wen finanzieren diese? Da war ein Mann, der hatte in jenen Jahren in der bequemen Festungshaft seinem Sekretär Rudolf Hess ein Buch diktiert. Dort war auf Seite 742 zu lesen: „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ Und um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, schreibt Hitler an anderer Stelle: „Der Drang nach Osten geht weiter. Rußland muß von dieser Liste europäischer Staaten gestrichen werden.“ So steht es in „Mein Kampf“. Man hatte ja Geld wie Heu: nicht nur von den deutschen Herren von Kohle und Stahl, nicht nur von den Rittern von Aar und Halm - auch von deren Gesinnungsgenossen in Großbritannien und den USA, von Rockefellers Standard Oil, Henry Ford, General Motors, General Electrics, DuPont, International Nickel, ITT. Alle zahlten sie über das Bankhaus Dillon, Read & Co harte Dollars an Deutschlands Kanonenkönige und Chemieproduzenten; die wiederum bezahlten Hitler, lasen ihn von der Straße auf und machten ihn zum Führer und Reichskanzler, zum Staatschef und Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Denn da lag es: Rußland, neuer Grund und Boden, es muß von der Landkarte gestrichen werden.

Nun floß das erste Blut - Christenblut und Judenblut. Es starben Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Pfarrer und Bürgerliche, Junge und Alte, Männer und Frauen - hinter Stacheldraht, an den Pfahl gebunden, über den Boden geschleift, geprügelt, gefoltert, ermordet. Da schloß der Papst mit Hitler ein Konkordat und machte ihn gesellschaftsfähig. Die Regierungen Englands, Frankreichs und der USA erkannten die Hitlerbarbaren diplomatisch an. Da beschloß das britische Unterhaus am 23. März 1933 (!), Deutschland Rüstungsgleichheit zu gewähren. Da reisten sie zu Hitler, dem Mörder: Lord Londonderry fast jedes Jahr, der Prince of Wales, der als Edward VIII. abdanken mußte - weil er zu hitlerfreundlich war - nicht wegen seiner unstandesgemäßen Ehe! Da schlossen sie mit Hitler ein Flottenabkommen. Da ließen sie Hitler ins entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und Lord Astor meinte im Oberhaus: „Man muß dem

Oberhaupt der nationalsozialistischen Regierung helfen, Deutschland und Europa vor der kommunistischen Revolution zu retten.“ Da traf sich am 1. November 1937 auf Hitlers Obersalzberg der britische Lord-Siegelbewahrer und spätere Außenminister, Lord Halifax, mit dem „Führer“ (so sprach man sich auch an); im Protokoll heißt es: „Lord Halifax und andere Mitglieder der englischen Regierung waren davon durchdrungen, daß der Führer durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Land diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe, und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne.“ Weiter heißt es dort: „Später sprach Halifax über die Änderungen der europäischen Ordnung, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Zu diesen Fragen gehören Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei.“

Diesen unverhohlenen Einladungen konnte Hitler nicht widerstehen. Hätten solche historischen Fakten nicht in Sendungen „Vor 60 Jahren begann der Zweite Weltkrieg“ gehört?

Oder auch folgendes: Hitlers Kriegsvorbereitungen näherten sich ihrem Abschluß. Schließlich wurden Widerstand und Druck so stark, daß sich die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs entschließen mußten, in Moskau Militärverhandlungen aufzunehmen. Es war Ende Juli 1939! Man muß sich den Zeitablauf auf der Zunge zergehen lassen: Vom Tage des Beschlusses über die Entsendung der Militärmissionen bis zu deren Abreise vergingen 11 Tage! Sie brauchten sechs Tage bis Leningrad, denn sie reisten per Schiff. Es war August, als sie in Moskau ankamen, und dann hatten sie nicht einmal Vollmachten, ein Abkommen zu schließen. Der § 15 der Direktive für die britische Delegation lautete: „Die Regierung ist nicht gewillt, detaillierte Verpflichtungen einzugehen, die geeignet sind, uns unter Umständen die Hände zu binden. Daher sollten Bemühungen unternommen werden, das Militärabkommen auf möglichst allgemeingehaltene Bedingungen zu beschränken.“

In dieser Zeit bot Deutschland der Sowjetregierung einen Nichtangriffsvertrag an. Hitler hatte seine Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion noch nicht abgeschlossen. Die Westmächte schwankten, ihre Haltung erschien der faschistischen Führung nicht eindeutig, sie wollte erst im Westen den Rücken frei haben. Am 3. Juli 1941 - nach Hitlers vertragsbrüchigem Überfall auf die Sowjetunion - sagte

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Stalin in einer Rundfunkrede: „Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat uns Deutschland im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger Friedensstaat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop ... Was haben wir durch den Nichtangriffspakt mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Land anderthalb Jahre den Frieden gesichert, sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Paktes zu überfallen. Das ist ein unbestreitbarer Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.“

Hitler schlug also los: Wie vom Westen gewünscht, nach Osten. Vorerst gegen Polen. Aber Richtung Sowjetunion. Die britischen und französischen Imperialisten schienen am Ziel: Ein paar Tage noch, und die Wehrmacht würde an der sowjetischen Grenze stehen. Doch Moskau durchkreuzte auch diesen Plan. Am 17. September 1939 marschierte die Rote Armee in die Westukraine und nach Belorussland ein, in jene Gebiete also, welche Pilsudski - Polen der jungen Sowjetunion 1920 geraubt hatte. Die Rote Armee machte an der Curzon-Linie halt - jener Grenze, die 1919 in Versailles als Ostgrenze Polens festgelegt worden war. Am 1. Oktober 1939 erklärte Winston Churchill in einer Rundfunkrede nach Ausfällen gegen die Sowjetunion: „Daß die russischen Armeen auf dieser Linie stehen, ist für die Sicherheit Rußlands gegen die deutsche Gefahr absolut notwendig.“ Die Sowjetunion gewann mit dem Vertrag Zeit und Raum. Das hat zum Ausgang des Krieges beigetragen.

Wenn am 1. September 1939 der Waffenangriff des Zweiten Weltkrieges begann, dann nicht, weil ein sowjetisch-deutscher Nichtangriffspakt existierte, sondern weil London und Paris sich geweigert hatten, mit Moskau einen ehrlichen Bündnisvertrag abzuschließen. Der Haß gegen die Sowjetunion, der Antikommunismus wurde zum entscheidenden Faktor für die Entfesselung des Krieges.

Das alles fehlte natürlich in den Beiträgen, mit denen der Medien-Imperialismus des 60. Jahrestages des Kriegsbeginns gedachte. Kriege beginnen nicht mit der ersten Bombe, sondern mit Lügen. Auch der Hitlerkrieg begann viel früher, lange vor 1933. So wie der NATO-Krieg gegen Jugoslawien nicht mit Rambouillet begonnen hat.

Karl-Eduard von Schnitzler

Chiles Clodomiro Almeyda:

„Die DDR geht von uns“

Am 8. August 1990 brachte „Neues Deutschland“ Auszüge aus einem Beitrag, den Salvador Allendes Außenminister Clodomiro Almeyda - damals Vorsitzender der Sozialistischen Partei Chiles und designierter Botschafter seines Landes in der UdSSR - für die mexikanisch-chilenische Wochenschrift „El Dia Latinoamericano“ geschrieben hatte.

Wir zitieren daraus:

In der Nacht vom 1. zum 2. Juli starb de facto die Deutsche Demokratische Republik. Sie verschied im Lärm von hunderten von Lastkraftwagen, die die westdeutschen Geldscheine zu den Banken der DDR brachten, und von lauten Kundgebungen der Freude, mit denen ein Teil der Bevölkerung die Tatsache feierte, daß der Prozeß der Einheit des geteilten Vaterlandes in seine Endphase eintrat.

Für andere war dies eine traurige Nacht, eine bittere Nacht, erfüllt von gemischten Gefühlen. Für die Chilenen, die wir viele Jahre in der DDR lebten, aufgenommen mit großzügiger und solidarischer Gastfreundschaft, ging in dieser Nacht unser zweites Vaterland von uns, wurde uns etwas genommen, das wir liebten und das schon ein Teil von uns selbst war. Es ist eine Gesellschaft verschwunden, die - ungeachtet ihrer Deformationen, Mängel und Schwächen, welche wir kannten und be-

dauerten - in ihrem Wesen eine demokratische und nach Gleichheit strebende Gesellschaft war, ohne Elend, in der es einen Arbeitsplatz für alle gab und wo die Mindestvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben in Sachen Ernährung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Kultur und Erholung für alle gesichert war. Und das ist nicht wenig.

Jene Gesellschaft war übermäßig geordnet und sicher, aber ohne die notwendigen Freiheiten, die heute substantiell für ein voll erfülltes Leben sind. Eine langsame Gesellschaft in einer schnellen Welt; eine isolierte Gesellschaft in einer immer mehr vereinten und wechselseitig verbundenen Welt. (...)

Vielleicht ist es eine tragische Gewißheit, daß es in der Lage, in der sich die DDR befand, im Herzen Europas und an der Grenze mit dem Kapitalismus und der BRD, keine andere Art und Weise gab für die Gestaltung des Sozialismus als in dieser Form. (...)

In dem vereinten Deutschland von morgen wird, in der einen oder anderen Form, das viele Gute, was die DDR im sozialen Gefüge ihres Landes hinterläßt, in die Poren der vereinten, ganzen Nation eindringen und in ihrem tiefsten Inneren den Samen der Gerechtigkeit, der Vernunft und der Menschenwürde einpflanzen, der im Inneren dessen keimte, was aufhört, die Deutsche Demokratische Republik zu sein.

Als man noch zum Lernen gezwungen wurde ...

„Nostalgisches“

Nach einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) leben gegenwärtig in der Bundesrepublik 1,3 Millionen 19 bis 29-jährige ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

172 000 Bewerber sind derzeit ohne Lehrstelle. Im Berliner Arbeitsamtsbezirk Nord waren am Ende des ersten Halbjahres 66 832 Arbeitslose registriert, darunter 10 Prozent jünger als 25 Jahre. Zum gleichen Zeitpunkt gab es 3 087 unvermittelte Lehrstellenbewerber.

Angesichts solcher Statistiken erinnere ich mich an die Verfassungswirklichkeit der DDR auf dem Gebiet der Jugend- und Bildungspolitik. Das Jugendgesetz vom 28.1.1974 wurde konsequent umgesetzt. Was war an Art. 25 der DDR-Verfassung von 1975 eigentlich „marode“? Er legte fest: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das gleiche Recht auf Bildung. Die Bildungsstätten stehen jedermann offen. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem gewährleistet je-

dem Bürger eine kontinuierliche sozialistische Erziehung, Bildung und Weiterbildung“. Das Jugendgesetz „zwang“ die heranwachsende Generation des Landes und die Leiter von Betrieben und Einrichtungen, alles zur Verwirklichung dieses Verfassungsgrundsatzes zu tun. Sein Paragraph 2 regelte die besondere Verpflichtung der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre sowie der Lehrer und Erzieher.

Wo ist heute der Staat, der „... der Jugend eine allseitige Bildung und Erziehung sichert und dafür planmäßig die notwendigen Bedingungen schafft ...“?

Kurt Andrä

RotFuchs

Email & Internet Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>

Über das Addieren von Äpfeln und Birnen

Der folgende Beitrag wurde vom Autor - im Interesse einer aufrichtigen Diskussion unter Kommunisten - für die UZ geschrieben. Da deren Redaktion die Veröffentlichung leider ohne Begründung ablehnte, erscheint der Artikel nunmehr im „RotFuchs“.

Zugegeben - ich habe gewisse Schwierigkeiten beim Lesen und Verstehen eines Dokuments: Es handelt sich dabei um die unlängst in der UZ veröffentlichte „Erklärung der DKP zu den 50. Jahrestagen der Gründung der BRD und der DDR“. Nicht, daß ich die Wertung der im soliden ersten Teil des Materials aufgeführten Fakten insgesamt anders sähe; und nicht auch, daß ich kein Verständnis dafür aufbrächte, daß sich eine in der Bundesrepublik Deutschland historisch gewachsene kommunistische Partei sehr intensiv mit der Geschichte der alten BRD zu beschäftigen hat.

Was mich stört, ist die gleichwertige Präsentation beider deutscher Jahrestage, obendrein noch in der offenbar für ganz selbstverständlich erachteten, weil ja chronologisch richtigen Reihenfolge BRD/DDR. Nun wird sicher jemand nicht ohne Grund darauf verweisen, die deutsche Problematik der Jahre 1945 bis 1989/90 sei ohne die feindliche Verzahnung - die Interrelation - der beiden Staaten gar nicht denk- und beschreibbar. Natürlich trifft auch das zu.

Und dennoch: Kann man der Deutschen Kaiserreichsgründung und der Niederschlagung der Pariser Commune - zweier ebenfalls im Kontext stehender gegensätzlicher Ereignisse - nur deshalb in einem Atemzug gedenken, weil beide 1871 eintraten? Ich mußte unwillkürlich an diese Frage des Erfurter Marx-Engels-Forschers Prof. Eike Kopf denken, als ich das Dokument zu den 50. Jahrestagen las.

Was hätte ich mir gewünscht?

Ich hatte unbedingt mit einer eigenständigen Erklärung der DKP zum 50. Jahrestag der Gründung der DDR gerechnet, die ich - in Übereinstimmung mit den herausragendsten Theoretikern der Partei und gewiß mit dem Einverständnis auch der meisten Genossinnen und Genossen in der Alt-BRD - als die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes betrachte. (Wobei es völlig egal ist, ob diese oder jene inhaltlich identische Formulierung dafür verwendet wird.) Ich war weiter davon ausgegangen, daß die DKP-Führung zum „Jubiläum“ der staatlichen Wiederherstellung des deutschen Imperialismus, das wahrlich kein Grund zum Jubilieren ist, eine gesonderte Erklärung abgeben würde. Und natürlich stand für mich fest, daß man in beiden Dokumenten eine

Reihe von Bezügen auf den jeweils anderen deutschen Staat hätte finden müssen, was - ich gestehe es - die Versuchung nahelegte, die Sache „in einem Aufwasch“ zu erledigen. So ist eine Addition von Ungleichem - von Äpfeln und Birnen - das Resultat. Ein Apfel und eine Birne = zwei Stück Obst. Oder Feuer und Wasser = Qualm.

Was im zweiten Teil des Dokuments über die DDR steht, muß ideologisch Wache und politisch Denkende nicht nur zum Stirnrunzeln, sondern zum Haareraufen veranlassen. Dort wird nämlich ohne Umschweife der „Dritte Weg“, die Vermischung sozialistischer und kapitalistischer Wesenszüge, angeboten. Das ist bekanntlich die Parodiestrecke der sozialdemokratischen Thesenfabrikanten M. Brie, D. Klein und G. Gysi. Bei der Lektüre dieser Passagen des Dokuments fühlt man sich in eine völlig fremde ideologische Welt versetzt: „Eine gründliche Analyse der Fehler in beiden deutschen Teilstaaten (Die DDR war also schon vor der Annexion durch die BRD ein bloßer Teilstaat, und die BRD entwickelte sich nur aufgrund von „Fehlern“ zu einer imperialistischen Macht ersten Ranges! - K.St.) wurde bis zum heutigen Tag nicht vorgenommen“. Aber gemacht: Es kommt noch ärger: „Die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme wurde versäumt.“ So steht es schwarz auf weiß in der UZ! Was könnte damit wohl gemeint sein? Die Bananen? Die Westreisen? Die schönen Autos? Die glitzernden Fassaden? Nein, all das hat mit dem System - nichts gemein. Es muß also aus der Sicht des Verfassers oder der Verfasserin dieses Satzes irgendwelche „besten Elemente“ im imperialistischen System selbst geben! Die bürgerliche Demokratie? Den Parlamentarismus? Den bourgeoisien Scheinpluralismus? Die Menschenrechte? Man kann nur raten... Jedenfalls besteht die Quintessenz dieser keineswegs marxistischen Vision offenbar im Verschnitt der „besten Elemente beider Systeme“. Also in der Vermischung von Feuer und Wasser, bei der immer nur das Erlöschen des Feuers herauskommen kann. Damals habe es - liest man weiter im Dokument - „keine wirkliche Vereinigung“ gegeben. „Es gab nur einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, (wie indifferent man die annexionistische Einverleibung des einen durch den anderen Staat umschreibt! - K.St.) eine Unterordnung unter das nicht veränderte Grundgesetz der alten BRD.“ Zwar ist irgendwo von „Zusammenbruch und Zerschlagung“ der DDR die Rede - Niederlage wäre wohl exakter gewesen -, doch fällt an keiner Stelle der in der marxistisch-leninistischen Terminologie für solche Prozesse und Vorgänge übliche und adäquate Begriff der Konterrevolution.

Das, was sich 1989/90 mit Unterstützung des inzwischen offen zur Sozialdemokratie konvertierten „Reformflügels“ der PDS in der DDR abgespielt hat, war keine „Wende“, sondern eine durch äußere und innere Faktoren ermöglichte klassische Konterrevolution im Sinne der Lehren von Marx und Lenin.

In dem streckenweise recht nachlässig formulierten Dokument wird u.a. festgestellt, „die Menschen in den neuen Bundesländern“ dächten, wenn sie sich an die „besten Elemente beider Systeme“ erinnerten, z.B. „an eine deutlich geringere Kluft zwischen den Klassen und Schichten der Bevölkerung (was impliziert: Es gab auch in der DDR eine solche Kluft, obwohl eine „deutlich geringere“ - K.St.), ein stärkeres Gefühl der gesellschaftlichen Solidarität (was unterstellt: Es existierte auch in der alten BRD eine gesellschaftliche Solidarität, wenn sie auch schwächer ausgeprägt war - K.St.), eine deutlichere Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wie mit Erscheinungen des Neofaschismus“ (was im Klartext heißt, es sei nur deutlicher als in der BRD erfolgt, wo solches indes auch stattgefunden habe). Von kommunistischer Parteilichkeit findet man bei einer solchen Wortwahl keine Spur!

Der Begriff der Spur taucht jedoch an anderer Stelle auf, und zwar dort, wo die DDR - wie ein Genosse treffend bemerkte - buchstäblich zur Schnecke gemacht wird. „Trotz aller unbestrittenen Mängel, trotz der Irrtümer, Deformationen, subjektiven Fehlentwicklungen“...habe... „die DDR eine Spur hinterlassen, die für die Zukunft wichtig ist...“. Eine Spur! Na großartig! Der deutsche Faschismus hat auch eine Spur hinterlassen - und was für eine!

Dieser eine Satz macht auf einen fundamentalen Mangel des Dokuments aufmerksam: Es fehlt das mit Herzblut geschriebene Bekenntnis - und zwar ohne Wenn und Aber, was konkrete, berechnete und beweisfähige Kritik nicht ausschließt, sondern gerade zur Bedingung hat - zum Besten, das es jemals auf deutschem Boden gegeben hat: zur DDR. Zu diesem Besten haben sich die Genossinnen und Genossen aus KPD und DKP im Westen stets mutig bekannt. Sie haben für dieses Bekenntnis Verfolgung auf sich genommen und Verhöhnung ertragen.

Was aber uns - die DKP-Mitglieder aus dem Osten - betrifft, die wir den durch die Sieger auf Zeit „ungültig“ gestempelten DDR-Paß als kostbare Reliquie bewahren: Wir stellen uns der „Gretchenfrage“ deutscher Geschichte - pro oder contra DDR - und bekennen auch heute: Ja, wir sind stolz, Bürger des ersten sozialistischen deutschen Staates gewesen zu sein.

Klaus Steiniger

Aus dem Leben unserer Gruppe

Konstruktive Kritik

Am 24. August versammelte sich die Gruppe Nordost zur Auswertung der 7. Tagung des Parteivorstandes. (Deren Dokumente erschienen als DKP-Info 5/99.) Trotz der Urlaubszeit war das Interesse an der Thematik so groß, daß die Versammlung aus einem kleineren Raum in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes verlegt werden mußte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden Gabriele und Martin - zwei Mitstreiter aus der jüngeren Generation, die bereits in Westdeutschland der DKP angehört, bei ihrem Umzug nach Westberlin aber den Kontakt verloren hatten - wieder in die Partei aufgenommen. Sie waren den meisten gut bekannt, da sie schon seit längerem an Veranstaltungen der Gruppe teilgenommen hatten. Die Mitglieder stimmten deshalb in der Auffassung überein, die im Parteistatut vorgesehene Ausnahmeregelung für die Zugehörigkeit zu einer anderen als der territorial zuständigen Gruppe anzuwenden, zumal beide Genossen in ihrem Aufnahmeantrag ausdrücklich darum gebeten hatten, in dem ihnen bereits vertrauten Parteikollektiv mitarbeiten zu können.

Zur angekündigten Thematik sprachen die Genossen Walter Florath, der die Anwesenden ausführlich mit dem auf der PV-Tagung erstatteten Bericht des Genossen Christian Koberg bekannt machte, sowie Kurt Andrá, der über die Entwicklung und Verbreitung unserer Gruppenzeitung „RotFuchs“ referierte. Beide Redner gehören keinen Vorständen an, so daß sie ihre ganz persönlichen Eindrücke und Auffassungen darlegten.

Walter unterstrich den im Bericht des Parteivorstandes betonten konsequenten Einsatz der DKP für den Frieden, speziell gegen den Anrißkrieg auf Jugoslawien. Er wandte sich gegen unscharfe Formulierungen wie „Durchsetzung einer weltweiten Friedensordnung“. Das stoße auf Unverständnis. Was ist das für eine Welt? Wer ordnet sie friedlich? Offenbar handle es sich mehr um ein pazifistisches Gebet als um eine konkrete kommunistische Zielstellung, meinte der Redner. Im Zusammenhang mit Bemerkungen zur Niederlage des Sozialismus in Europa stellte er die Frage, warum das Wort Verräter vor dem Namen Gorbatschows im PV-Bericht in Anführungszeichen gesetzt worden sei. War er etwa kein Verräter?

Walter erhob Einwände gegen die Feststellung Christian Kobergs, die CDU/CSU vertrete am konsequentesten die Klasseninteressen des Großkapitals. Die Politik der Schröder-Regierung habe gerade den Beweis geliefert, daß die derzeit am Ruder befindlichen Parteien der CDU/CSU um nichts nachstünden. Der Redner übte Kritik an der „Erklärung der DKP zu den 50. Jah-

restagen der BRD und der DDR“. Was heiße z.B., es habe 1989/90 „keine wirkliche Vereinigung“ gegeben? Es war eine konterrevolutionäre Annexion der DDR! Auch der Satz: „Die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme wurde versäumt“ sei unsinnig. Sozialismus und Kapitalismus schlossen einander aus, es könne keinen Sozialkapitalismus oder Kapitalsozialismus geben. Unverständlich fand Walter auch die Bemerkungen der 7. Tagung zu unserer Gruppe. Ihr werde eine nichtintegrative Rolle unterstellt. Doch die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Immerhin wuchs die Zahl ihrer Mitglieder von August 1997 bis August 1999 um 15 Prozent, während im gleichen Zeitraum die Zahl der kassierten Mitglieder der DKP landesweit um denselben Prozentsatz zurückging. Wenn in den ersten drei Monaten dieses Jahres insgesamt nur 62 Prozent der Mitglieder ihren Beitrag entrichteten, betrug die Kassierung in unserer Gruppe immer 100 Prozent.

Kurt berichtete über das große Kollektiv von Kommunisten mit und ohne Parteibuch, die den „RotFuchs“ nun schon seit 19 Monaten trotz mancher Schwierigkeiten und unter hohem persönlichen Einsatz pünktlich herausbringen und vertreiben. Viele Genossinnen und Genossen betrachteten die Zeitung, die ursprünglich nur für den Rahmen der Gruppe konzipiert worden sei, inzwischen aber überregionalen Charakter besitze, als ein Blatt der DKP, das ihnen Mut mache und sie nach der schweren Niederlage wieder aufrichte. Der „RotFuchs“ diene der Festigung der Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage und finde zugleich starke Resonanz bei Parteilosern, Mitgliedern der PDS, die sich weiter als Kommunisten empfänden, und Genossen aus anderen linken und revolutionären Parteien. Der Redner nannte den „RotFuchs“ mit nunmehr schätzungsweise 4000 ständigen Lesern die wirksamste Form der Öffentlichkeitsarbeit unserer Gruppe. Die kleine Zeitung habe ihren Schwerpunkt auf früherem DDR-Gebiet, besitze aber auch viele engagierte Freunde im Westen und im Ausland. „Der ‘RotFuchs’ schreibt, was die an unserer Thematik interessierten Menschen aus anderen Presseorganen nicht erfahren“, sagte Kurt.

An der lebhaften Diskussion beteiligten sich 11 Genossinnen und Genossen. Alle brachten zum Ausdruck, daß sie im Referat des Genossen Christian Koberg enthaltenen Bemerkungen zur Gruppe Nordost und zum „RotFuchs“, der angeblich nicht in das „Schema“ der DKP-Publikationen passe, unverständlich finden und zurückweisen. Zugleich wurden grundsätzliche Einwände gegen Passagen der Erklärung zu den 50. Jahresta-

gen geltend gemacht. „Welche ‘besten Elemente’ aus dem System der BRD hätten denn 1989 bewahrt werden sollen?“, fragte Helga. Formulierungen wie diese, in der DDR habe es Verletzungen der Gesetzlichkeit gegeben, leiteten Wasser auf die Mühlen derer, die vom „Unrechtsstaat DDR“ spächen, für den die BRD-Justiz trotz größter Mühe seit zehn Jahren keine Beweise liefern konnte, meinte Jürgen. „Selbst wenn es in der DDR einen völlig fehlerfreien und lupenreinen Sozialismus gegeben hätte, würde sie heute nicht mehr existieren. Im Referat des Genossen Koberg wird jedoch harsche Kritik an denen geübt, die die Niederlage des Sozialismus vor allem als Resultat der Einwirkung des Gegners, also als Konterrevolution, betrachten“ (Kled). „Der ‘RotFuchs’ vertritt nicht - wie im Bericht behauptet wird - eigene politische Positionen, sondern marxistisch-leninistische“ (Walter). „Warum wurden die Ursachen für den Verlust von 15 Prozent der Mitgliedschaft in einem Jahr nicht gründlich analysiert? Warum blieben die Schlußfolgerungen aus dieser Entwicklung unerwähnt?“ (Annemarie). „Die Aussagen der 7. Tagung über den Verlauf der Berliner Bezirksmitgliederversammlung entsprechen absolut nicht den Tatsachen. Wir hatten eine gute Diskussion über die Inhalte des Wahlkampfes in Kreuzberg, lediglich die vom BV nominierte Spitzenkandidatin wurde abgelehnt“ (Peter).

„Der ‘RotFuchs’ steht nicht zur Disposition - darüber gibt es nichts zu diskutieren. Wir sollten der UZ aber regelmäßig Beiträge anbieten, deren überregionaler Charakter das gestattet. Werden sie gebracht, ist das gut, erscheinen sie dort nicht, bringen wir sie im nächsten ‘RotFuchs’“ (Renate - den gleichen Vorschlag hatten Harry und Edith in einem schriftlich eingereichten kritischen Diskussionsbeitrag zu einer Reihe prinzipieller Fragen, der allen Mitgliedern zugänglich gemacht wurde, unterbreitet). „Warum sind die schärfsten Kritiker des ‘RotFuchs’ aus dem BV heute nicht hier?“ (Monika und Jürgen). „Eine Bekannte, der ich kürzlich den ‘RotFuchs’ gab, meinte, sie hätte seit langem nicht mehr so etwas Gutes gelesen“ (Gabriele).

Klaus in der Zusammenfassung: „Zwei Fragen bleiben in unserer Diskussion vorerst offen: Warum wird die Niederwerfung des Sozialismus in Dokumenten der Partei nicht als Konterrevolution bezeichnet und warum zögert man, die DDR als größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu definieren? Die offene, konstruktive und kameradschaftliche Diskussion darüber sollte in der ganzen Partei fortgesetzt werden.“

Auf eine ausdrückliche Frage des Versammlungsleiters bestätigten alle Anwesenden, daß der „RotFuchs“ auch weiterhin als Zeitung der DKP-Gruppe Berlin Nordost erscheinen soll.

Frank Mühlefeldt

Dr. Gerhard Branstner zu Gysis 12 Thesen

Eine Schutthalde von Worthülsen

I. Gregor Gysi hat, um es mit Lichtenberg zu sagen, wieder mal die Tinte nicht halten können und uns „zwölf Thesen“ beschert, und die enthalten allerhand hübsche Sachen, gegen die der arglose, naive Leser gewiß nichts einzuwenden hat. Hiernur ein paar Kostehäppchen: Die „Chance zu mehr ‚Reichtum‘ im Leben würde nicht genutzt, wenn die einen weiter zu viel und die anderen keine Arbeit hätten.“ Oder: „Ökologischer Umbau heißt aber nicht nur, die Kosten für die Nutzung ökologischer Ressourcen einzutreiben, sondern ebenso, diese Einnahmen in sozial und ökologisch sinnvoller Weise zu verwenden.“ Oder: „Die Grundsicherung... muß Chancen und Anreize zum Einstieg und zum Aufstieg in eine aktive Teilnahme am ... Erwerbsleben als ... Arbeitnehmer ... eröffnen.“ Oder: „Das ‚Neue Denken‘ Gorbatschows hat sich für eine zivile Gestaltung der internationalen Beziehungen als folgenlose Episode erwiesen.“

II. Für den denkenden Leser hingegen sind die Thesen eine böse Zumutung. Das beginnt schon mit den Kostehäppchen. Die Chance zu mehr „Reichtum“, heißt es, würde nicht genutzt, wenn die einen zu viel Arbeit hätten. Die Umverteilung von Arbeit schafft aber keinen Reichtum, auch nicht in Anführungsstrichen. Oder: Die Einnahmen für den ökologischen Umbau sollen sinnvoll verwendet werden. Darauf wäre ohne Gysi keiner gekommen. Oder: Die „Grundsicherung“ muß eine aktive Teilnahme am Erwerbsleben als Arbeitnehmer eröffnen. Demnach ist sie bisher verschlossen gewesen, da wir die Grundsicherung noch nicht haben. Oder: Wenn Gorbatschow sich als folgenlose Episode erwiesen hat, müßte es die von ihm zerstörte Sowjetunion noch geben, den Krieg gegen Jugoslawien hingegen nicht, denn den hätte die NATO bei einer existierenden Sowjetunion nicht gewagt.

Eine Spezialität dieses Elabors ist die Wortwahl. Das Lieblingswort ist zweifellos das Wort *modern*. Das wird verschwenderisch über uns ausgeschüttet. Die Thesen werden gleich zu Beginn als Hilfe für eine Politik des modernen Sozialismus angekündigt. Und der Titel „Gerechtigkeit ist modern“ prahlt auch mit dem Wort. Immerhin sei hier angemerkt, daß die Ungerechtigkeit mit der Klassengesellschaft begann. Die Forderung nach Gerechtigkeit ist mithin so alt wie die Klassengesellschaft. Aber derart schlichte Wahrheit kommt in keiner der zwölf Thesen vor. Dagegen ist die „Vision für das 21. Jahrhundert: Moderne und Sozialismus verbinden!“ Der Sozialismus ist nämlich nicht das Moderne, er muß erst mit ihm verbunden werden. Vor allem aber ist er modern, wenn er schon im Kapitalismus bleibt. Doch dazu später mehr. Und schließlich wird die Moderne sogar umgestaltet: Es geht nicht um den Rückfall in eine „Vor- oder Anti-Moderne“, sondern um die Umgestaltung der Moderne.“ Also rückfällig wollen wir nun nicht werden, aber was die Moderne ist, wissen wir noch immer nicht. Gysi weiß es natürlich auch nicht, sonst würde er es bei seiner Mitteilungssucht längst verraten haben und nicht einen derartigen Schwachsinn verzapfen. Ein anderes Lieblingswort unseres Wortakrobaten ist die *Chance*. Die gibt es zu allen Jahreszeiten und zu den unterschiedlichsten Zwecken.

Jetzt aber zu einigen üblen Falschaussagen: Die „Bewahrung des Friedens“ hängt „vor allem von

... der Wahrung gewaltfreier Formen ... ab“. So was nennt man eine Tautologie. Davon wollen wir den Frieden lieber nicht abhängig machen. „Freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller!“ Das ist die Botschaft eines ... modernen ... Sozialismus.“ Das ist aus dem Manifest geklaut, und das ist schon über 150 Jahre alt. Die Institutionen der Modernisierung „sind in diesem Jahrhundert oft genug als Instrumente krasser Unterdrückung gestaltet worden. Daraus gingen die Katastrophen des Jahrhunderts, gingen Weltkriege, Holocaust, Völkermord, Elend, Hunger und Umweltzerstörung hervor.“ Hier werden in einem fürchterlichen Gedankenkauderschwanz Institutionen der Modernisierung zur Ursache von Weltkriegen, Völkermord und dergleichen „gestaltet“, und der Kapitalismus bleibt ungeschoren.

„Wer die neuen Chancen nutzen will, muß sie zu Chancen für alle werden lassen.“ Mal angenommen, wir lassen die neuen Chancen zu Chancen für alle werden: für den Obdachlosen, den Multimillionär, den Lohnarbeiter und den Arbeitslosen, den NATO-General und den serbischen und albanischen Kosovo-Flüchtling, die verhungemde Südsudanerin und den Drogen- und Waffenhändler, dann wissen wir noch immer nicht, was die neuen Chancen sind. Gysi weiß das natürlich auch nicht, aber er schwafelt unbekümmert weiter und fordert „starke, sozial und ökologisch ausgerichtete gesellschaftliche Kräfte“, die „Wiedergewinnung von Politik als bewußte Gestaltung von sozialen Verhältnissen“, die „Teilung von ökonomischer Macht“ und stellt schließlich fest: „Wer machtlos ist, hat keine Verhandlungsmacht“. Da haben wir die Phraseologie und Tautologie in einem Satz. Und die Fähigkeit des Umgangs mit den Naturressourcen muß „in den nächsten 20 Jahren auf ein Mehrfaches steigen“. Da ist Gysi der einzige Mensch auf der Welt, der das weiß. Ich schlage ihm 19 Jahre vor, was will er dagegen sagen? Und: Ohne die „Schaffung völlig neuer Gebiete für Erwerbsarbeit und ohne eine Neuverteilung von Erwerbsarbeit wird die Gesellschaft dauerhaft in Hochverdienende, deren Dienstboten und Erwerbslose gespalten“. Was soll das nun wieder? Gysi lehnt die marxistische Klassentheorie strikt ab und jetzt macht er eine eigene auf, allerdings eine unsinnige. Ganz schlicht: Ohne Bauern und Produktionsarbeiter würde die Gesellschaft verhungern und erfrieren. Da gäbe es nichts mehr zu spalten. Das ganze Elaborat ist eine einzige Tautologie, eine einzige Krabbelkiste von leeren Worthülsen und unhaltbaren Postulaten, in jeder Hinsicht weltfremd, illusionär und demagogisch. Ein Wunschzettel an den Weihnachtsmann.

III. Bis hierher genommen könnte man sagen, die zwölf Thesen sind eine zwar schwachsinnige, liederliche, aber harmlose Albernheit. Aber das sind sie nun leider nicht, vielmehr sind sie eine schwerwiegende ideologische Fehlorientierung. Gysis Ideologie besteht darin, eine bessere SPD als die SPD zu sein. Das ist bei dem Abwärtstempo der SPD ohnehin nicht zu vermeiden, selbst wenn die PDS selber ein ähnliches Abwärtstempo hat. Insbesondere in der Täuschung der Masse der Partei und der Masse der Wähler. Denn nie und nirgends wird verraten, daß die Führung der PDS alles andere will, bloß nicht den

Sozialismus. Und was sie wirklich will, muß man aus den vertrackten Formulierungen herauslesen. Beispielsweise will sie einen „Wettbewerb ...“, der auf der pluralen Verteilung von Eigentum, Macht und Einfluß beruht“. Dieser Pluralismus hat mit Sozialismus nichts zu tun, und daß er selbst im Kapitalismus nicht möglich ist, macht ihn nicht sozialistischer. Und wenn „die Verfügungsmacht über Kapitaleigentum dort beschnitten wird, wo sie dem Gemeinwohlinteresse zuwider läuft“, dann soll also nicht das Kapitaleigentum selbst beschnitten werden, sondern nur die Verfügungsmacht. Nun weiß aber jedes Kind, daß die Macht vom Eigentum abhängt. Was will Gysi da verfügen? „Staat und Recht gewinnen ... an Bedeutung ...“ heißt es weiter. Welcher Staat? Selbstverständlich der vorhandene, also kein sozialistischer. „Dazu werden Arbeit, Kapital und Wissen gebraucht.“ Wirkliches Wissen kann doch nur darin bestehen, das Kapital abzuschaffen und nicht darin, es zu gebrauchen. „Die Tarifverhandlungen im nächsten Jahrhundert sollten deshalb dafür genutzt werden, Produktivitätssteigerung zur Steigerung der beschriebenen Lebensqualität zu nutzen.“ Nun weiß der Zwickel endlich, was er im „nächsten Jahrhundert“ zu tun hat. Wenn „Großunternehmen“ zu mächtig werden, ist, nach neuen Wegen zwischen Staats- und Privatwirtschaft zu suchen“. Was Gysi da finden will, bleibt ihm selber ein Geheimnis. Den Sozialismus jedenfalls findet er da nicht. „Ein zweites Feld institutioneller Reformen der Regulation ist der Sozialstaat.“ Wenn aber der bürgerliche Staat, und ein anderer ist nicht gemeint, Reformen vollbringen soll, können nur bürgerliche Reformen herauskommen. Gegenwärtig allerdings ist nicht eine Reformierung des Kapitalismus im Gange, sondern eine Brutalisierung. Das ist das wichtigste Charakteristikum unserer Zeit. Aber davon kein Wort.

Eine vielsagende Eigenart der Thesen ist, daß in ihnen von Gegenmächten und ähnlichen Phantomen die Rede ist, aber nicht von der Arbeiterklasse. Die ist der PDS, insbesondere ihren Führern, hast du nicht gesehen, abhandeln gekommen. Wie dieser substantielle Verlust von der Führung der PDS verschuldet wurde, ist in dem jüngst erschienen Buch „Das Geschenk“ von Eberhard Czichon und Heinz Marohn exakt belegt. Dieses Buch ist nicht nur deshalb eine empfehlenswerte Lektüre. Resümee:

* 1. sind die zwölf Thesen eine Schutthalde von Worthülsen und sinnlosen Begriffen, also alles andere als modern,

* 2. ist der gedankliche Zusammenhang im Einzelnen und im Ganzen tautologisch und phraseologisch und nicht logisch,

* 3. ist die Gesamtkomposition eine eklektische Gedankenlosigkeit. Man kann das Ganze auch von hinten nach vorn lesen, ohne daß man weniger davon hat. Und

* 4. sind die Thesen weit von allem Sozialismus entfernt und einer sozialistischen Partei unwürdig. Sie sind nichts als ideologischer Revisionismus oder Reformismus.

Nun könnte Gysi sagen, daß das ja auch kein revolutionäres Pamphlet sein sollte, sondern auf Reformen abzielt. Aber erstens sind auch Reformen als sozialistische und bürgerliche unterscheidbar und diese sind rein bürgerliche. Und zweitens sollten selbst bürgerliche Reformen in einer seriösen Form gefordert werden und nicht in solch einer Gedankensauerei.

(Aus: „junge Welt“ 26.8.1999)

Die „ausgetüftelte Strategie“ der PDS-Spitze

Wahlerfolge und Springer-Lob

Es erweist sich, daß Gregor Gysis Rechnung, vom sozialen Crashkurs Schröders enttäuschte SPD-Wähler aufzufangen, bei den Wahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen aufgegangen ist. Die Entscheidung vieler Wähler für die PDS ist in erster Linie als ein positiver Indikator der Massenstimmung zu bewerten. In Millionen früherer DDR-Bürger wirkt offensichtlich die Erfahrung mit einer sozial gerechteren Gesellschaft weiter. Sie hat sich inzwischen auch auf Jüngere übertragen. Das ist der PDS zugute gekommen. Ihr beeindruckendes Abschneiden signalisiert zugleich das Unbehagen breiter Schichten der Bevölkerung mit der antisozialen- und Kriegspolitik der regierenden und nicht-regierenden bürgerlichen Parteien. Ob die bisherigen SPD-Wähler bei der PDS allerdings auf Dauer besser aufgehoben sind, bleibt im Lichte der jüngsten Gysi-Thesen abzuwarten.

Angesichts des PDS-Wahlerfolges darf bereits jetzt an eine historische Erfahrung erinnert werden: Eine Zunahme an Wählerstimmen ist beim Übergang einer sozialistischen Partei auf Positionen der Bourgeoisie stets den Reformisten in dieser zugute gekommen. Das wurde bereits vor und im Ergebnis des 1. Weltkrieges sichtbar. Die kurze, erst zehnjährige Geschichte der „demokratischen Sozialisten“ beweist es aufs Neue. Nachdem die durch einen Parteiputsch in der SED an die Macht gelangte Gysi-Gruppierung schon auf dem „Sonderparteitag“ im Dezember 1989 einen in Grundzügen sozialdemokratisch akzentuierten Kurs abgesteckt hatte, setzte sich dieser danach von Parteitag zu Parteitag, von Wahlerfolg zu Wahlerfolg mehr und mehr durch. Ein Beispiel: Vor dem letzten PDS-Kongreß im Januar 1999 hatte A. Brie, dem die Rolle des „Vordenkers“ reformistischer Pläne zugedacht worden ist, die „Strategieunfähigkeit“ seiner Partei scharf kritisiert und gefordert, diese müsse „ihre programmatischen und politischen Grundlagen weiter klären“. Von Gysi war deutlich gemacht worden, die PDS habe im Jahr 2002 „auf Bundesebene koalitionsfähig“ zu sein und könne daher nicht zugleich „widerspruchsfrei antikapitalistisch“ und „widerspruchsfrei in der Gesellschaft etabliert“ sein.

Inzwischen ist die sogenannte Strategieunfähigkeit überwunden, sind die Fronten geklärt. Mit den 12 Thesen Gysis wird - bei einer gewissen sozialdemagogischen Verbrämung - die Etablierung der PDS im kapitalistischen System der BRD programmatisch anvisiert. Zur Durchsetzung der ohne demokratische Legitimierung durch

die Parteimitgliedschaft von der Gysi-Gruppierung vorgegebenen Linie werden weitere Geschütze aufgeföhren. Dem mehrheitlichen Protest der PDS-Basis gegen Gysis „kleinbürgerliche Philosophie im Euro-Glanz“ erteilt Brie eine Abfuhr, indem er fordert, das „Klassendenken“ abzulegen und die Kapitalgesellschaft der BRD nicht mehr nach „Freund-Feind-Gesichtspunkten“ einzuteilen. Schon benutzen führende PDS-Politiker, wenn sie pauschal von den großen Parteien der BRD sprechen, ganz ungeniert die sie bislang ausklammernde Formel der Herrschenden: „alle demokratischen Parteien ...“.

Während sich andere PDS-Spitzenpolitiker nach dem Wahlerfolg in Brandenburg zunächst noch bedeckt hielten, preschte A. Brie im abgestimmten Rollenspiel wieder einmal vor und sprach sich sofort für „weitere Regierungsbeteiligungen“ ohne Vorbedingungen in ostdeutschen Ländern aus. Die Tatsache, daß die SPD den Überfall auf Jugoslawien mit angezettelt hat und ihren aggressiven Kurs der Unterwerfung Belgrads unter das imperialistische Diktat unverändert fortsetzt, fand in PDS-Äußerungen übrigens nirgendwo als Faktor der eklatanten Niederlage der Schröder-Partei auch nur Erwähnung.

Brie, der es inzwischen in sozialer Demagogie mit jedem Revisionisten der Alt-SPD aufnehmen kann, verspricht in einem Atemzug den sozial Schwachen, ihre Interessen zu vertreten (s. ND-Beitrag vom 8. September 1999) und der SPD, ihren Sozialabbau mitzutragen. Das sei „zwar problematisch“ und werde „schmerzlich sein für die PDS, aber letztlich hilfreich“. Unverfroren fügt der „Vordenker“ hinzu, wer Politik machen wolle, müsse sie „unter den gegebenen finanziellen Gesichtspunkten machen“, was erneut einer generellen Zustimmung zum räuberischen „Sparpaket“ Schröder-Eichel gleichkommt.

Buhlt A. Brie unverhohlen um die Gunst der SPD, dann denkt Gysi schon weiter und versucht einen Brückenschlag auch zur anderen Partei des Großkapitals, die sich derzeit mit der „Opposition“ begnügt, aber von Wahl zu Wahl Auftrieb erhält. Er sekundiert Bries Forderung nach Aufgabe des „Klassendenkens“ und plädiert für einen „sachlichen Umgang“ bzw. eine „Versachlichung der Auseinandersetzung“ der PDS mit der CDU. Am Tage nach der Thüringen-Wahl berichtet die bürgerliche Presse, daß auch Bisky ähnliche Visionen habe. Er blicke bereits „weit in die Zukunft“, meinte „Die Welt“. Sie zitiert den auf Tuchfühlung mit den Schwarzen gehenden PDS-Vorsitzenden: „In der CDU

gibt es gegenwärtig vielleicht mehr sozialdemokratische Traditionen als in der SPD.“ Auf einer Pressekonferenz im Karl-Liebknecht-Haus antwortet Bisky den Journalisten auf die Frage, ob er sich tatsächlich für „die ferne Zukunft“ ein Bündnis seiner Partei mit der CDU vorstellen könne: „Mein Vorstellungshorizont ist unbegrenzt“.

„Eine ausgetüftelte Strategie“ nennt „Die Welt“ das Vorgehen der Gysi-Leute in einem verhaltenes Lob austeilenden Beitrag. Nach einem Jahrzehnt plumper Verteufelung sieht die - nach der FAZ - zweite Zeitung des deutschen Großkapitals die PDS nun als eine im Osten „ernstzunehmende Kraft“ und findet auch nichts mehr dabei, daß die Parteispitze überall „in Richtung Macht“ schielt, dafür aber „kosten-trächtige PDS-Träume begraben“ hat und das auch „der eigenen kritischen Basis erklären“ muß. Anerkennend bescheinigt das Springer-Blatt, daß Gysis Thesen „frischen Wind“ in die PDS brächten und mit ihnen Tabus fielen. Die verhaltene Sympathie der „seriösen“ großbürgerlichen Postille ist sicher noch keine durchgängige Linie, eher ein Vorausdenken, läßt aber schon ahnen, daß das deutsche Kapital zu begreifen beginnt, was mit dem Gysi-Kurs in der PDS heranwächst: eine zweite Sozialdemokratie, die zur neuen Stütze seiner Herrschaftssicherung werden könnte.

Gerhard Feldbauer

**Wir feiern den
50. Jahrestag der
Gründung der DDR
mit der GBM**

„Abschied vom Ende“

**Kulturprogramm mit
Gisela Steineckert und
Angelika Neutschel.**

Großes Bufett, Musik und Tanz.

Termin: 7. Oktober 1999

Beginn: 18.00 Uhr

Ort: Haus am Kölnischen Park

Eintritt: 30 DM

**Karten gegen Vorkasse (Abholung
oder Zusendung) einzeln oder gruppenweise rechtzeitig bestellen bei der
Redaktion „RotFuchs“. Tel: 927 990 11
Verkauf auch in der Veranstaltung
der DKP Nordost am 28.9.1999.**

RA Prof. Dr. Erich Buchholz antwortet auf die Frage:

War das Rechtssystem der DDR dem bundesdeutschen unterlegen?

Besonders seit etwa 10 Jahren wird die DDR als „Unrechtsstaat“ verunglimpft und gebrandmarkt - während gegenüber den anderen früher sozialistischen Ländern dies nicht üblich ist. Ausgerechnet die DDR!

Darf man angesichts dessen überhaupt die Frage stellen, ob das Rechtssystem der DDR, das eines „Unrechtsstaates“, dem bundesdeutschen unterlegen war?

Zunächst muß man sich darüber verständigen, woran dies gemessen werden soll. Wenn man die Frage nach dem Grad der Ausfeilung der juristischen Dogmatik, der Gesetzgebungstechnik, der Entwicklung juristischer Konstruktionen, nach der Fülle obergerichtlicher Entscheidungen und der Zahl und dem Umfang der Kommentare oder nach der Zahl der infolge dieser Kompliziertheit des Rechtssystems notwendigen (zugelassenen) Rechtsanwälte (wir nähern uns in Deutschland den 100 000, während es in der DDR nur etwa 600 gab) meint beurteilen zu sollen, dann war das bundesdeutsche Rechtssystem dem der DDR offensichtlich weit überlegen!

Wenn man sich aber fragt, wozu das Recht überhaupt bzw. das Rechtssystem eines gegebenen Landes da ist und der Ansicht folgt, daß Recht und Rechtssysteme nicht der Befriedigung juristischer Bedürfnisse an geschliffenen Formulierungen und beachtenswerten Konstruktionen dienen, wenn man die Auffassung vertritt, daß das Recht und so auch eine bestimmte Rechtsordnung von den Belangen der Menschen, des Volkes, vor allem der wirtschaftlich Schwachen, der „kleinen Leute“ auszugehen hat, wird man zu einem anderen Ergebnis gelangen:

1) In der DDR waren - was niemand bestreitet - das Recht insgesamt, die Rechtsordnung, das Rechts- wie das Justizsystem überschaubar und weitaus verständlicher als das frühere oder das bundesdeutsche, sie waren bürgernah.

2) Alle wesentlichen Gesetze und vor allem die Verfassungen waren in demokratischer Weise unter Beteiligung der Bürger zustande gekommen (die „Gesetzemacher“ gingen bei der Vorbereitung der wichtigsten Texte zu den Werktätigen, sie gingen „in das Volk“), während für die Bundesrepublik, abgesehen vom einschlägigen Parteienstreit, charakteristisch ist, daß die Diskussion sich auf die Fachpresse und die parlamentarischen Gremien beschränkt.

Schon der ersten Verfassung der DDR (1949), die ja ursprünglich als eine demokratische Verfassung für das einheitliche ganze Deutschland konzipiert war, gingen jahrelange öffentliche Diskussionen in Ost und

West voraus; die DDR-Verfassung von 1968 wurde nach vorangegangener öffentlicher Debatte sogar durch Volksentscheid angenommen.

Auch andere wichtige Gesetze, zum Arbeitsrecht, zum Familienrecht, zum Strafrecht und zum Zivilrecht sowie den dazu gehörigen Prozeßordnungen wurden erst im Ergebnis von Volksaussprachen (der sachkundigen Juristen mit Werktätigen in Stadt und Land) zum verbindlichen Gesetz erhoben.

Es darf hier daran erinnert werden, daß das riesige Paket des (maßgeblich von bundesdeutscher Seite vorbereiteten) Einigungsvertrages mit seinen gravierenden Wirkungen für die Bürger, (vornehmlich der DDR) von der letzten „Noch-DDR“-Volkskammer „verabschiedet“ wurde, ohne daß die Parlamentarier den Text vollständig kannten, geschweige denn sich der (nicht nur juristischen) Konsequenzen der zahlreichen Regelungen bewußt waren oder sein konnten.

3) Die für die Bürger wichtigsten Gesetze waren in der DDR durchweg bürgernah; sie entsprachen ihren Interessen und dienten diesen. Das kann man nachlesen und am Gesetzestext selbst ausmachen.

So war unbestritten das Arbeitsrecht, das das Grund- und Menschenrecht auf Arbeit weiter vertiefte und präziserte, „arbeitnehmerfreundlich“. Ebenso unbestritten war das Mietrecht mieterfreundlich. Das Zivilrecht, besonders das Kaufrecht, war verbraucherfreundlich.

Über die günstigen Möglichkeiten, (auf fremdem, in der Regel volkseigenem Grund) Wochenend- und bescheidene Wohnhäuser zu errichten bzw. zu nutzen, muß man angesichts der Erfahrungen der Besitzer solcher Gebäude heute keinen DDR-Bürger mehr aufklären ...

Das Familienrecht war darauf angelegt, die Gleichberechtigung der Frau und auch der unehelichen Kinder zu gewährleisten und die Familienbeziehungen vor allem als zwischenmenschliche zu regeln, und nicht vornehmlich als güter- und vermögensrechtliche.

Auch das Strafrecht, das natürlich mit u.U. schwerwiegenden Eingriffen in Rechte und Freiheiten von Straftätern verbunden war, „ging auf die Menschen zu“; es förderte die soziale Integration von straffällig Gewordenen, auch von Strafgefangenen, in die Gemeinschaft, vornehmlich in die Kollektive, und stärkte deren Verantwortungsbewußtsein für den „Menschen neben dir“.

Ebenso war das gerichtliche Verfahren in der DDR - für jeden Kundigen ganz offensicht-

lich - viel viel einfacher als es das komplizierte bundesdeutsche Prozeßrecht ist; es war daher ebenfalls bürgernah und die Verhandlungen waren weniger förmlich, daher bürgernah.

Das galt noch viel mehr für die Beratungen der Gesellschaftlichen Gerichte, die etwa 90 Prozent der Arbeitsrechtssachen und rund 30 Prozent der Strafsachen abschließend entschieden. Die Werktätigen kannten „ihre“ Richter und Staatsanwälte aus vielen Aussprachen und Begegnungen persönlich. Bei den Gerichten erhielten die Bürger kostenlose Rechtsauskunft. In Strafsachen waren Gebühren ohnehin abgeschafft. All dies erklärt plausibel, daß es in der DDR eines anwaltlichen Beistands nur in verhältnismäßig wenigen Fällen bedurfte und daß daher die 600 DDR-Rechtsanwälte völlig ausreichten.

Die Verfahren dauerten nicht so furchtbar lange wie heute; sie wurden - auch im Rechtsmittelverfahren - zügig durchgeführt. Die in hohem Maße einheitliche Gerichtspraxis war so, daß das Ergebnis eines Verfahrens weitgehend voraussehbar war - übrigens ein wichtiges Merkmal der Rechtssicherheit. (Für den heute allenthalben zu hörenden Spruch: „Vor Gericht sind wir wie auf hoher See oder in Gottes Hand!“, gab es in der DDR keine Grundlage).

Soweit DDR-Bürger mit Entscheidungen der staatlichen Organe nicht zufrieden waren, konnten sie sehr oft ganz unkompliziert über Eingaben eine Lösung oder Klärung erreichen.

Heutzutage erleben sie viel viel bürokratischer arbeitende Ämter und Behörden, gegen die auch die Verwaltungsgerichte machtlos sind.

Gemessen an derartigen - nicht speziell juristischen, sondern gesamtgesellschaftlichen - Kriterien ist, nachdem die DDR-Bürger das bundesdeutsche Rechtssystem zur Genüge am eigenen Leibe kennenlernten, festzustellen: Das DDR-Rechtssystem war dem bundesdeutschen turnhoch überlegen!

Soweit die Wirksamkeit des DDR-Rechts nicht dem Erstrebten entsprach, lagen die Gründe dafür außerhalb des Rechts, vor allem im Bereich der Ökonomie und im Gefolge des Kalten Krieges.

Wenn DDR-Bürger in zunehmendem Maße vom Rechtsstaat Bundesrepublik enttäuscht sind und sich verstärkt an das ihnen besser erscheinende DDR-System erinnern, dann ist das keine oft geschmähte Nostalgie, sondern entspricht, wie gezeigt, der sozialen Realität des bürgernahen DDR-Rechtssystems.

Sprache und Klassenkampf

Was Menschen tun, geht erst durch ihren Kopf, und der dort bewußt ablaufende Entscheidungsprozeß, das Denken, erfolgt in Gestalt der Sprache. Deshalb ist sie ein Feld der Auseinandersetzungen im ideologischen Klassenkampf. So, wie der Besitz der Produktionsmittel die Klassenstruktur und die Gesellschaftsordnung definiert, bestimmen Sinngehalt der Worte und Gebrauch der Sprache die Ideologie. „Das Wort ist Waffe“, heißt es zurecht, und der Klassenfeind macht in seinem Interesse virtuos den Gebrauch davon. Als Einstieg in die Thematik eine wahre Geschichte: In seinem Kulturprogramm teilte mir ein Sender am 23. Juli mit, es seien jetzt drei in der Nazizeit nach Deutschland „gelangte“ Marmorskulpturen an Italien zurückgegeben worden. Eine Selbstverständlichkeit, so hieß es, halte sich doch die Bundesrepublik an die diesbezügliche Haager Konvention, „während das jüngste Beutekunst-Urteil eines Moskauer Gerichts das Völkerrecht eklatant verletzt“. Daraufhin rief ich die zuständige Redakteurin an und machte ihr ein Kompliment, Sie stützte hörbar, bedankte sich höflich und wollte dann aber doch den Grund meines Lobes wissen. „Ja“, sagte ich, „ich bewundere die feine Differenzierung in der Wortwahl“. Die Skulpturen seien eben während des Krieges nach Deutschland „gelangt“ - wie halt so irgendwelche Sachen von einem Ort zum anderen „gelangen“, kein Mensch denkt Böses dabei, wenn irgendwas irgendwohin „gelangt“. Aber die Kombination von „Moskau“ und „Beutekunst“ im nächsten Satz löse sofort einen bestimmten Reflex aus, da wisse der Hörer gleich, was los sei: „Klar, die Russen...“. Die Dame ließ nicht erkennen, ob sie die Ironie meines Kompliments begriffen hatte. Sie meinte nur, es hätte so in der Agenturmeldung gestanden. Tags darauf sah ich diese Nachricht dann im Feuilleton meiner Lokalzeitung. Wörtlich das, was ich zuvor im Radio gehört hatte. Jetzt konnte ich nachlesen, daß die feine Differenzierung in der Wortwahl auf den Präsidenten der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“, Klaus-Dieter Lehmann, zurückging, der den Vorgang den Medien mitgeteilt hatte.

Am Abend rief ich einen Freund an und kam bei der Gelegenheit auch auf die „differenzierte Wortwahl“ in der Berichterstattung zu dem bewußten Thema zu sprechen. Ich erzählte ihm, wie in der Wehrmacht zu Kriegzeiten der Vorgang des Besitzwechsels von beweglichen Sachen so beschrieben wurde: „Der gemeine Mann klaut, der Unteroffizier organisiert und der Offizier entnimmt“! Mein Freund hatte sich amüsiert, und die

Sache war schon fast vergessen, als ich am 9. August auf der ersten Feuilletonseite der „Frankfurter Allgemeinen“ einen größeren Artikel über eine Ausstellung des sowjetischen Malers Alexander Deineka im Museum seiner Geburtsstadt Kursk las. „Im 2. Weltkrieg, da Kursk zur deutschen Besatzungszone“ gehörte, erlitt das Haus schwere Verluste, stand dort schwarz auf weiß. Also, allein das muß man sich schon mal auf der Zunge zergehen lassen: „... deutsche Besatzungszone ...“! Und weiter ging es im Text. „Nach dem Krieg fand man ein von Museumsleuten 1943 aufgesetztes Schriftstück, welches festhält, daß deutsche Militärs der Sammlung zumindest 84 Bilder entnommen haben... Die Namen der Deutschen, General Dittfurth, General Leer, Rat Paul Schäfer sind nebst Daten der Entnahme verzeichnet“. Tatsächlich, im FAZ-Feuilleton kehrt 1999 die Casino-Sprache der Wehrmacht wieder: deutsche Militärs haben „entnommen“, verzeichnet sind die Daten der „Entnahme“!

„Diebstahl“, „Beute“, „Kunstraub“ - Gott bewahre, wo kommen wir denn da hin, derartige Vokabeln in einen Zusammenhang mit deutschen Offizieren zu bringen. Es ist dies ein höchst einprägsames Beispiel dafür, wie - nachdem der FAZ-Leser in zig Beiträgen mit dem Komplex des Besitzwechsels von Kulturgütern in Kriegszeiten unter dem Stichwort „Beutekunst“ vertraut gemacht worden ist - durch die unterschiedliche Wortwahl die vielfältig vorgeprägte Denkschablone vom angeblichen Kulturgefälle zwischen Russen und Deutschen einmal mehr verfestigt wird: der halbasiatische, barbarische Russe „raubt“, „erbeutet“ - der abendländisch-kultivierte Deutsche „entnimmt“!

Das Sahnehäubchen der wahren Geschichte fand ich dann am 17. August in der „Recklinghäuser Zeitung“. Zu einem dreispaltigen Bild von Zarskoje Selo hieß es dort.

„Unter den Händen geschickter Restaurateure entsteht hier das legendäre Bernsteinzimmer neu. Bis zu den Kriegsschrecken von 1941 war es die Zierde des direkt benachbarten Katharinenschlosses, aus dem deutsche Soldaten das 'achte Weltwunder' nach Westen entführten“. Da bleibt einem die Luft weg: Die Aggression gegen die Sowjetunion mutiert zu „Kriegsschrecken von 1941“! Und der Raub des „Bernsteinzimmers“ wird geradezu verklärt mit der abenteuerlich-romantischen Formulierung, deutsche Soldaten hätten es „entführt“. Noch deutlicher wird das ganze am Beispiel der

Jugoslawienberichterstattung: Waren die Medien in der Schilderung von ihnen behaupteter serbischer „Greuel“ schließlich schon keiner Steigerung mehr fähig, so kennen sie für den mit dem Einmarsch der KFOR-Okkupanten im Kosovo einsetzenden Mord- und Vertreibungsterror der UCK gegen Serben und Roma höchstens den Terminus „Übergriffe“. „Na ja, 'Übergriffe' - das kommt schon mal vor in so einer 'Unruheprovinz', unsere Jungs werden da mit der Zeit schon für Ordnung sorgen“, denkt sich der eingespurte Leser und blättert weiter in seiner Zeitung, wo der neueste Sensationsbericht über Zurwehme steht. Bei dessen Morden handelte es sich schließlich nicht nur um „Übergriffe“ wie im Fall der 14 massakrierten Serben-Bauern! Nun mag sich mancher fragen: Ist ja alles richtig, aber wir wissen doch schon längst, wie so etwas gemacht wird! Und ich antworte: Gerade deshalb, weil dieses Wissen für Menschen mit Klassenbewußtsein bereits Routine ist, sind wir täglich in Gefahr, der Sprachmanipulation des Gegners zum Opfer zu fallen. Ein Beispiel in eigener Sache: Im Zusammenhang mit meinem 65. Geburtstag hatte ich 1992 zu einer Diskussionsveranstaltung „War die DDR sozialistisch?“ eingeladen, und wirklich und wahrhaftig steht im von mir dazu verfaßten Text „ehemalige DDR“! Damals habe also auch ich noch die Sprachregelung des Klassenfeindes nachgeplappert! Kein Mensch spricht von der „ehemaligen“ Weimarer Republik, niemand vom „ehemaligen Kaiserreich“ oder den „ehemaligen Alten Römern“! Warum hat man uns die „ehemalige DDR“ in den Mund gelegt? Damit uns die DDR als längst vorübergegangene Episode erscheint, als „Irrtum der Geschichte“, von dem wir uns mit dem vorgeschalteten Wort „ehemalige“ erleichtert verabschieden, ja distanzieren sollen. Also, Schluß mit „ehemalig“: Die DDR war unser Staat, die höchste Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse; sie ist uns in unserem Denken und Fühlen als das in Wahrheit gute Deutschland gegenwärtig; und eine neue deutsche demokratische und sozialistische Republik ist unser revolutionärer Traum, wenn eines Tages in ganz Deutschland die Ausbeuterherrschaft gestürzt sein wird. Vor allem aber auch Schluß mit dem elenden Gerede von der „Wende“. Die „Wende“, das war - wenn auch unmittelbar unblutig - Konterrevolution, die in ihren Auswirkungen zum blutigen Krieg gegen Jugoslawien geführt hat! „Wende“, das ist ein vom Inhalt her ganz neutraler Begriff. Auch Helmut Kohl sprach nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 von „Wende“, obwohl sich am

Charakter der Politik der imperialistischen BRD real nichts änderte. Mit dem alltäglichen Gerede von der „Wende“, wenn der konterrevolutionäre Umsturz von 1989/90 gemeint ist, leistet man tatsächlich nur der Verschleierungsstrategie des Klassenfeindes sprachlich Hilfe. Was Konterrevolution ist, muß man auch so nennen, das ist einfach eine Frage proletarischer Selbstachtung und proletarischer Disziplin! Und nicht zuletzt – Schluß mit der diffamierenden Redeweise vom „Hitler-Stalin-Pakt“. Abgeschlossen wurde damals ein Nichtangriffsvertrag zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. Gegen einen Nichtangriffsvertrag kann niemand etwas haben. Schlossen alle Staaten der Welt miteinander Nichtangriffsverträge und hielten diese auch ein, gäbe es keine Kriege mehr! Natürlich ist das Illusion, solange der Imperialismus besteht.

Hinter dem eifrigen Bemühen der Ideologen des Klassenfeindes, die sachlich korrekte Bezeichnung „deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag“ durch den demagogischen Kampfbegriff „Hitler-Stalin-Pakt“ im öffentlichen Bewußtsein zu ersetzen, steckt nichts anderes als die maßlose Enttäuschung darüber, daß es der sowjetischen Diplomatie mit einem klugen Schachzug gelungen war, die Realisierung der Aggressionspläne der Faschisten gegen die Sowjetunion zumindest zu verzögern und sich darüber hinaus für den Fall des Angriffs einen wichtigen moralischen Vorteil in der Weltöffentlichkeit zu sichern. Gerade in diesen Tagen ist das Thema aktuell, da sich der Abschluß des Vertrages zum 60. Male jährt. Selbst in der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal sprach einmal ein jahrzehntelang im ideologisch-publizistischen Bereich tätig gewesener Genosse, der auch heute noch treu zur Fahne steht, vom „Hitler-Stalin-Pakt“. Auf meinen Zwischenruf reagierte er gereizt: „Jetzt rede ich mal so, wie alle reden“.

Und gerade das ist falsch. Natürlich müssen wir die Sprache des „Volkes“ sprechen, aber das darf nicht dazu führen, daß wir in opportunistischer Manier die gegen uns gerichteten Kampfbegriffe des Klassenfeindes übernehmen.

Rolf Vellay

RotFuchs auf CD-ROM

Die Ausgaben unserer Monatszeitschrift (Jahrgang 1998 und I. Halbjahr 1999) gibt es jetzt auf CD-ROM.

Die CD werden gegen eine Spende für den „RotFuchs“ abgegeben. Jede Seite kann auf dem PC gelesen, vergrößert und ausgedruckt werden.

Systemvoraussetzung:

Works für Windows im Betriebssystem Windows 95 u. 98.

Anforderungen sind an die Redaktionsadresse zu richten.

„RotFuchs“-Interview mit Frank Flegel von „offensiv“

Eine Konferenz, die aufhören läßt

Ihr plant für den 20. und 21. November in Berlin Karlshorst (Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, früher HfO, Treskowallee 24, Raum 208, und nicht im Linkstreff Wedding, wie früher angegeben) eine Veranstaltung „50 Jahre DDR – Für Frieden und Sozialismus – Konferenz zur Verteidigung des revolutionären Erbes“. Angesichts der Tatsache, daß es ja zu dem Thema schon einiges an Veröffentlichungen gibt und andere Veranstaltungen dazu von Parteien und Organisationen geplant sind, fragen wir uns, warum Ihr den Aufwand auf Euch nehmt, dem noch eine weitere Konferenz hinzuzufügen?

Wir sind Mitglieder der PDS, arbeiten dort in der Kommunistischen Plattform mit, fühlen uns als Kommunisten. Das heißt für uns, stets im marxistischen Sinne nach den Ursachen der Misere zu suchen, die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln zu stellen, Macht und Herrschaft des Finanzkapitals als das zu benennen, was sie sind und nicht schönzureden mit Begriffen wie „Moderne“ oder ähnlichen Ungereimtheiten. Das heißt für uns auch, die DDR, die UdSSR und alle sozialistischen Staaten grundsätzlich gegen die Konterrevolution, gegen Geschichtsfälschung und alle Versuche, sie nachträglich zu diskreditieren, zu verteidigen. Das heißt nicht, daß wir nicht unzufrieden gewesen wären mit manchen Dingen in der DDR und uns nicht eine dynamischere Entwicklung gewünscht hätten. Aber grundsätzlich gilt: Die DDR war das Beste, was die deutsche Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Sie war ein wichtiger Grund für die Abwesenheit von Krieg in Europa. Sie blieb der Bundesrepublik um eine ganze sozial-ökonomische Formation voraus.

Wir haben leider die Befürchtung, daß die bundesdeutsche Linke, angefangen bei der offiziellen PDS-Politik über Autonome bis hin zu Positionen der PDS zugeneigter Kreise auch in der DKP im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Gründung der DDR Standpunkte diskutieren und zum Teil auch vertreten wird, die auf eine direkte oder indirekte Distanzierung von der DDR und ihrem Erbe für die Arbeiterbewegung und die fortschrittlichen Menschen in diesem Land hinauslaufen könnten. Wegen dieser Verhältnisse und um ein Gegengewicht zu schaffen (und sei es noch so klein), haben wir die Initiative ergriffen.

Ein hoher Anspruch, ein „Gegengewicht“ zur Distanzierung bilden zu wollen. Habt Ihr denn Unterstützung für Euer Vorhaben bekommen?

Wir haben das ganze Projekt von vornherein mit vielen Menschen diskutiert und beraten. Die Vorbereitungen laufen schon seit Ende Januar, und so konnten wir interessante Referenten gewinnen, die ich hier kurz vorstellen möchte.

Gern! Nur wenn man weiß, wer zu welchem Thema spricht, bekommt man eine konkretere Vorstellung von der Veranstaltung.

Die Konferenz wird beginnen mit einer Einführung in den sozialistischen Charakter der DDR, die Rolf Vellay gibt. Danach soll es um die

Ökonomie der DDR gehen, für dieses Thema haben wir Walter Florath gewinnen können. Ulrich Huar wird dann über die Verfaßtheit der sozialistischen Demokratie referieren, bevor Erich Buchholz über Kriminalität, Gerichtsbarkeit, Prävention und Wiedereingliederung von Straftätern in der DDR berichtet.

Nach jedem Referat wird es eine zertlich begrenzte Diskussion geben. Abends bieten wir ein Kulturprogramm an: Lesungen von Marta Rafael und Karl-Eduard von Schnitzler, eventuell richtet Hanfried Müller ein Wort an die Konferenz. Danach gibt es Lieder der Arbeiterbewegung und des Antifaschismus mit Achim Bigus.

Der zweite Tag wird eröffnet von Michael Opperskalski aus Köln. Er spricht zu dem Thema „Imperialistische Diversionistategien gegen die DDR“, gefolgt von Kurt Gossweiler, der seine Thesen zum Revisionismus zur Diskussion stellen wird. Abschließend wirft die Konferenz einen Blick auf die Praktiken der bundesdeutschen Klassenjustiz gegen DDR-Bürger, wobei wir auf die Beteiligung von Klaus Feske hoffen. Wir haben uns sehr darüber gefreut, so „hochkarätige“ Referenten zu finden. Dies war aber nur möglich, weil wir viel Unterstützung und Hilfe bekommen haben – übrigens von verschiedenen Seiten, d. h. von PDS-Genossinnen und -Genossen, von Mitgliedern der DKP, von Mitgliedern der KPF und der KPD, vom AIF, von Nichtorganisierten. Inzwischen sind auch einige Auslandskontakte dazugekommen, so daß wir damit rechnen können, in kürzeren Beiträgen eine Einschätzung zur Wirkung der DDR auf andere europäische Länder- und natürlich auch auf die BRD- zu erhalten.

Eine solche Konferenz zu organisieren ist ein nicht geringer Aufwand und auch mit erheblichen Kosten verbunden. Wie sieht es hier aus: Bekommt Ihr finanzielle Unterstützung von Eurer Partei?

Nein – und das wollen wir auch nicht, denn wer zahlt, macht auch die Ansagen – und wir wollen uns nicht reinreden lassen. Also müssen wir die Kosten für Saalmiete, Mikrofon-Anlage, Faltblätter, Plakate, Anzeigen, Porto, Reisekosten von ausländischen Teilnehmern usw. (2000-2500 Mark) selbst aufbringen. Deshalb bitten wir im Vorfeld um Spenden. Erste Beträge sind bereits eingegangen. Wir müssen für die Veranstaltung selbst einen Unkostenbeitrag von 5 DM erheben. Außerdem wollen wir Verkaufsstände organisieren. Auf das Konto Frank Flegel, Konto-Nummer 21827249 bei der Stadtparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kennwort „DDR“ können Spenden überwiesen werden. Und ein Letztes muß ich noch erwähnen: Die Referate der Konferenz und die wichtigsten Diskussionsbeiträge werden als Sonderausgabe der „offensiv“ veröffentlicht. Wer will, kann sich bei der Konferenz schon in die Bestellerliste eintragen.

Wir danken Dir für das Gespräch und wünschen Euch einen weiterhin erfolgreichen Verlauf der Vorbereitung und vor allem der Konferenz! Der „RotFuchs“ empfiehlt allen Lesern, die zu dieser wichtigen Veranstaltung kommen können, sich den Termin unbedingt zu notieren.

Ein unvergeßlicher Tag mit Sigmund Jähn

Im Sternenstädtchen zu Besuch

Wie sieht ein Held aus? Er ist Doktor und ehemaliger General einer sozialistischen Armee. Der Held, der so gar keiner sein möchte, ist Fliegerkosmonaut Generalmajor a.D. Dr. Sigmund Jähn.

Am 13. August 1999 besuchten wir - das Jugendkollektiv in der GRH - im Sternenstädtchen bei Moskau das Kosmonautenausbildungszentrum „Juri Alexejewitsch Gagarin“. Unser erster Kosmonaut, Dr. Sigmund Jähn, erklärte sich bereit, uns dabei zu führen. Er organisierte auch - durch Vermittlung von Generaloberst a.D. Fritz Streletz - diesen Besuch. Der Empfang in seinem Arbeitszimmer war sehr herzlich. Wir stellten uns einander vor, und nach wenigen Minuten herrschte eine so freundschaftliche Atmosphäre, als seien wir schon sehr lange miteinander bekannt. Auf dem Weg zum Mittagessen, zu welchem uns Genosse Jähn einlud, legten wir am Gagarin-Denkmal rote Nelken nieder, um den Mann zu ehren, der der Menschheit den Weg in den Kosmos bahnte. Ein unvergeßlicher Augenblick! Sigmund Jähn wurde unterwegs von vielen Menschen, die im Sternenstädtchen leben und arbeiten, mit großer Herzlichkeit begrüßt; ob Verkäuferin eines Magasins oder Oberst der Luftstreitkräfte - alle bewiesen mit dieser Geste Respekt. Wir spürten immer wieder, daß unser Kosmonaut durch seine verlässliche Arbeit und sein bescheidenes Auftreten nach wie vor Achtung und Anerkennung genießt.

Als wir im Offizierskasino eintrafen, staunten wir nicht schlecht. Der Tisch war für uns schon reich mit russischen Spezialitäten gedeckt - und das nach so kurzer Zeit, da uns Sigmund Jähn erst wenige Minuten zuvor angemeldet hatte. Nach dem Essen besuchten wir gemeinsam mit Genossen Maiboroda vom Kosmonautenausbildungszentrum die Halle, in der ein 1:1-Ausbildungsmodell der Raumstation „MIR“ untergebracht ist. Mit Worten ist der Eindruck nicht zu beschreiben. Wir durften uns im Inneren der Station umsehen, was sonst nur Kosmonauten vergönnt war. Jetzt können wir behaupten, auf der „MIR“ gewesen zu sein. Die Genossen Jähn und Maiboroda erklärten uns viele Details. Schon während des Mittagessens hatte uns Sigmund Jähn von seinem Flug mit „Sojus 31“ zur Raumstation „Salut 6“ im Jahre 1978 berichtet und unsere neugierigen Fragen beantwortet.

Nachdem wir uns gründlich in der „MIR“ umgeschaut hatten, begleitete uns Genosse Maiboroda zum Gagarin-Museum. Auf dem Weg dorthin unterhielten wir uns so gut es ging. Trotz des Aufpolierens alter Russischvokabeln waren unsere Schulkenntnisse doch schon ein wenig verblaßt. Aber das, was zu

sagen war, wurde gesagt und auch verstanden. „Unter Freunden versteht man sich immer“, sagte Genosse Maiboroda zu uns. Kann man es besser zum Ausdruck bringen? Wir fühlten uns im Sternenstädtchen zu keiner Zeit als Fremde, sondern als Freunde unter Freunden.

Im Gagarin-Museum wurden wir von einer freundlichen Mitarbeiterin geführt. Elena zeigte uns voller Stolz das Arbeitszimmer Juri Alexejewitsch Gagarins. Das war einer der bewegendsten Momente. Dort sind unter anderem Gagarins Uniformmantel und persönliche Dinge ausgestellt, die er im Augenblick seines tragischen Unfalldodes bei sich trug. Wie es Tradition ist, wird auch ein Stückchen Erde von dem Ort aufbewahrt, wo Juri Alexejewitsch den Tod fand. Die Uhr im Arbeitszimmer wurde in dem Augenblick angehalten als Gagarin am 27. März 1968 starb: Um 10.31 Uhr.

Im Ausstellungsteil des Museums hängt noch - neben den anderen Fahnen der am „Interkosmos-Programm“ beteiligten Länder - die Flagge der DDR, die Sigmund Jähn bei seinem Kosmosflug mit auf die Raumstation „Salut 6“ nahm.

Nach dem Besuch des Museums wanderten wir allein durch das Sternenstädtchen und machten kleine Einkäufe. Dann suchten wir Sigmund Jähn noch einmal auf. Dabei stießen wir auch auf den gelungenen Besuch an. Natürlich sind wir nicht mit leeren Händen zu Genossen Jähn gefahren. Als Zeichen unserer Freude über die Möglichkeit des Zusammentreffens überreichten wir dem ersten Kosmonauten der DDR eine selbstgestaltete Dankesurkunde und das Buch Heinz Keflers „Zur Sache und zur Person“, mit einer persönlichen Widmung des Autors. Die Stunden verflogen. Wir diskutierten noch über viele Dinge des gesellschaftlichen Lebens, über Politik, über die Zukunft. Interessante Überlegungen wurden angestellt und wichtige Gedanken ausgetauscht. Eines trat dabei deutlich zutage: Sigmund Jähn ist nach wie vor ein Streiter für unsere Sache!

Es war ein schöner Tag, der viel zu schnell zu Ende ging. Sigmund Jähn begleitete uns zum Bahnhof. Der Abschied fiel schwer, war aber umso herzlicher. Wir fuhren zurück nach Moskau mit dem Gefühl, einen guten Freund gefunden zu haben. Doch auch Nachdenklichkeit und ein bißchen Wehmut empfanden wir während der Bahnfahrt. Wir mußten unwillkürlich daran denken, was die Völker der Sowjetunion auf dem Gebiet der Raumfahrt geleistet haben und in welchem erbärmlichen Zustand sich Rußland heute befindet. Doch im Sternenstädtchen wird der Stolz auf das einstmalige Erreichte noch bewahrt. Indes - auch der Gedanke, daß Sigmund

Jähn nach Beendigung seiner dort im Auftrag der ESA (Europäische Weltraumagentur) geleisteten Arbeit Ende des Jahres wieder in ein Land heimkehren muß, das für Helden der DDR keinen Dank bereithält, schmälert ein wenig die Freude über diesen schönen 13. August 1999.

Die Freunde - so nannte man die Menschen der Sowjetunion; denn aus den Befreien waren Freunde geworden. Und Freunde sind sie noch heute. In unserer Besucherbestätigung hieß es, der Rundgang durch das Sternenstädtchen kostete 250 US-Dollar. Doch unsere freundschaftlichen Gefühle für die Menschen Rußlands und unsere Bewunderung der Leistungen des Sowjetvolkes auf dem Gebiet der Raumfahrt wurden von denen, die uns empfingen, gut verstanden. Jedenfalls - der langen Rede kurzer Sinn: Der Besuch wurde uns zum Geschenk gemacht! Jemand, der selbst wenig hat und trotzdem gibt, den sollte man achten und in sein Herz schließen! Wir tun dies und sagen: Spassibo, Drushba und Do swidania.

Für „RotFuchs“ geschrieben vom Jugendkollektiv in der GRH e.V.: Matthias Bublitz, Rüdiger Czech, Christian Grenzel, Maik Müller



Buchlesung im Marx-Engels-Club
am Vorabend des 50. Jahrestages der
DDR mit

**Eberhard Czichon
und Heinz Marohn,**

den Autoren des erfolgreichen Hintergrund-Werkes über den Perestroika-Ausverkauf der DDR „Das Geschenk“
(6. Oktober, 19.00, Parteibüro)

Das Geschenk
Die DDR im Perestroika-Ausverkauf
PapyRossa 1999, 548 S., 48.00 DM

Über Restaurationsperioden

Die Ähnlichkeit der Restaurationsperiode nach der Französischen Revolution und der Napoleonischen Etappe mit der heutigen nach der Oktoberrevolution und der Niederlage des europäischen Sozialismus ist unübersehbar. Die 1815/16 gegründete „Heilige Allianz“, auch als Große Allianz der fünf Hauptmächte Rußland, Österreich, Preußen, England und Frankreich verstanden (sie war zum Schutz der „dynastischen Legitimität“ der Herrscherhäuser vor revolutionären Umbrüchen und mit dem ausdrücklichen „Recht“ auf Intervention in anderen nach Meinung der gekrönten Häupter von „subversiven“ Elementen bedrohten Ländern geschaffen worden), begriff sich als „europäische Gemeinschaft“ und Militäralianz zugleich. Mit den „Karlsbader Beschlüssen“ (1819) schuf sich die „Heilige Allianz“ eine alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, einschließlich der Höfe der verbündeten Fürstenhäuser, überwachende Geheimpolizei, die „Demagogenschnüffler“, und eine harsche Zensur von Druckerzeugnissen, die selbst harmlose Theaterstücke eines Grillparzer verbot. Und dennoch: Sehr zum Kummer des allmächtigen Kanzlers Fürst Metternich, dem zweifellos überragenden, führenden Kopf der „Heiligen Allianz“, die über eine für die damalige Zeit scheinbar unüberwindliche Machtfülle verfügte, war die Zeit des Ancien régime endgültig vorüber; die Verhältnisse von vor 1789 ließen sich nicht mehr dauerhaft restaurieren. In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts kam es in Lateinamerika, in Spanien, in Neapel, in Oberitalien, in Frankreich zu Revolutionen und revolutionären Bewegungen; selbst in frommen deutschen Landen ging der „Geist des Aufbruchs“ um, und hinter der zum Kapitalismus und bürgerlich-demokratischen Verfassungen drängenden Bourgeoisie stand bereits der Schatten eines Proletariats, dessen Interessen über die des Bürgertums hinauswiesen. Metternich war nicht nur der politische Repräsentant der feudalen Reaktion. Er war zugleich ein kluger und weitblickender Politiker, der wußte, daß der „wirkliche Kampf“ nicht zwischen Konservatismus und Liberalismus, sondern mit der „Roten Revolution“ stattfand. „Unsere Gesellschaft befindet sich auf dem absteigenden Zweig“, bemerkte er 1830, „das alte Europa nähert sich seinem Ende“. Schon 1805, nach der Schlacht von Austerlitz, hatte Metternich festgestellt: „Schieben wir zumindest jene Epoche hinaus, die endgültig abzuwenden nicht mehr in unserer Macht steht.“ Die Große Allianz zerfiel von außen, durch Interessengegensätze der Großmächte (der

„G 5“, würden wir heute sagen), von innen durch den Ansturm revolutionärer Kräfte; mit der Juli-Revolution 1830 und der Europäischen Revolution 1848 - 1850 wurde sie hinweggefegt.

Und heute? In der gegenwärtigen Restaurationsperiode haben wir die „internationale Gemeinschaft“, wie sich die „G 7“ so gerne verstehen, und die NATO als militärischen Arm für Aggressions- und Interventionskriege rund um den Erdball unter Hegemonie der selbsternannten Führungsmacht USA. Sind wir, wie Francis Fukujama meint, am Ende der Geschichte angekommen, wo nur noch „Reformen“ notwendig seien, um all die Schönheiten der „freien Marktwirtschaft“ und „Demokratie“, wie sie heute die „legitimen“ Herrscher sehen, für alle Ewigkeit der überglücklichen Menschheit zu erhalten?

Sicher, im Unterschied zur „Heiligen Allianz“ gibt es keine Zensur. Siebenötigen die Herrschenden auch nicht, denn die Medien sind fest in ihrer Hand und funktionieren ausgezeichnet zur Desinformation und Manipulierung der Massen, auch ohne „Sprachregelungen“ eines Propaganda-Ministeriums unseligen Angedenkens. Auch die „Demagogenschnüffelei“ ist nach wie vor existent, aber infolge moderner technischer Überwachungsmittel und Speicherungsmöglichkeiten bei vielfacher Effizienz mit weniger Personal nicht mehr so auffällig. Im Innern haben die Länder der „internationalen Gemeinschaft“ ihre Staatsschutzgesetze. In der BRD sind das die Notstandsgesetze, von denen die „mündigen“ Bürger nicht wissen, was da alles drin steht, und die jederzeit, nach Gutdünken der herrschenden „Eliten“, in Kraft gesetzt werden können. Die Militärmacht der NATO, insbesondere die der USA, erscheint unüberwindlich.

Und nun die analoge Frage zu 1815: Kann die Welt dauerhaft in die Zeit vor dem Roten Oktober 1917 zurückgedreht werden?

Die „Heilige Allianz“ dauerte mit allen inneren und äußeren Rissen etwa 15 Jahre. Zwischen den öffentlichen Bekundungen freundschaftlicher Gefühle füreinander sind die Risse innerhalb der G 7 und der NATO kaum noch zu übersehen. Ihr Zerfall ist wahrscheinlich. Er ist trotz der Neuaufnahmen bereits im gange. Revolutionäre Bewegungen sind rund um den Erdball zu beobachten, besonders in der Dritten Welt. In Osteuropa, in Rußland gärt es. In der Volksrepublik China, in Vietnam, in der KVDR, in Kuba üben kommunistische Parteien nach wie vor die Macht aus. Die geschichtliche Niederlage des europäischen

Kommunismus bedeutet nicht dessen Ende als Idee, Theorie und politische Bewegung, auch wenn diese zur Zeit keinen nennenswerten Einfluß besitzt. In-



wieweit sich eine konsolidierte kommunistische Weltbewegung unter den veränderten Bedingungen der gegenwärtigen Restaurationsperiode wieder herausbilden und erneut als politisch einflußreiche Kraft konstituieren wird, bleibt abzuwarten. Sie wird mit Sicherheit neue Formen ihrer Organisation, ihrer Politik und ihrer Kampfmethoden hervorbringen.

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der bürgerlich-demokratischen Revolutionen, der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Das 20. Jahrhundert stand im Zeichen des Roten Oktober, es war das Jahrhundert des ersten weltgeschichtlichen Anlaufs sozialistischer Revolutionen. Und das 21. Jahrhundert? Einem für das 19. Jahrhundert geäußerten Gedanken Metternichs folgend, wird es ein Jahrhundert sozialer Revolutionen und Konterrevolutionen sein, über deren Ausgang jedoch keine Aussagen möglich sind, ohne in Spekulation zu verfallen. Analogien bedeuten eben keine Identität.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

F. Engels: *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, MEW 8/29 - 38.

Zwei Artikel aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“, MEW 5/366 - 372

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Ein herzliches Dankeschön!

Freunde und Genossen haben in großer Zahl auf unseren Ruf reagiert und uns durch ihre Spenden im wörtlichen Sinne Überlebenshilfe geleistet.

Die Redaktion dankt allen für diesen erneuten Beweis solidarischer Verbundenheit mit einer durch die Herrschenden ungeliebten Zeitung.

Ein Diskussionsbeitrag zu den Sozialismus-Vorstellungen

Von der Wissenschaft zur Utopie?

Nach der Niederlage der sozialistischen Revolution suchen Kommunisten, andere Linke und deren Parteien nach einer Antwort auf die Frage, wie man die gegenwärtigen gesellschaftlichen Widersprüche lösen kann, bevor die Menschheit in den Abgrund gerissen wird. Die PDS hat sich dabei auf die Worthülse vom „demokratischen Sozialismus“ zurückgezogen. Die Französische Kommunistische Partei ist zur Staatspartei geworden und gehört einer imperialistischen Kriegsregierung an. Ihr Führer Robert Hue verkündet einen französischen Sozialismus, was immer das auch ist. Marxistisch-leninistische Parteien - vor allem die griechische KKE - haben ihre strategischen Überlegungen angestellt. In der DKP wird der vom 14. Parteitag als Arbeits- und Diskussionsmaterial angenommene Entwurf „Vorstellungen zum Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus“ lebhaft debattiert. Auch ich möchte als Parteimitglied an dieser Diskussion teilnehmen.

Begierig griff ich nach dem Material. Aber bereits das Wort „Vorstellung“ ließ mich stutzen. Erinnert der Terminus nicht unwillkürlich an Herrn Eugen Dühring, den Friedrich Engels vor mehr als 100 Jahren wegen seiner „Vorstellungen“ von der Wirklichkeit verspottet hat? Gehört der Begriff „Vorstellung“ nicht vielmehr in den Bereich bürgerlich-idealistischer Weltanschauung? Er erzeugt - gewollt oder ungewollt - die Auffassung, es genügen ein kluger Kopf oder eine gewonnene Wahl oder ein paar „richtige“ Maßnahmen und der Sozialismus nehme Gestalt an, sei gewissermaßen „gemacht“. Blanke Illusion! Dieser Begriff spielt die vorhandenen und die notwendigen gesellschaftlichen Kräfte, die den Sozialismus unter ganz konkreten historischen Bedingungen und nach dem Maß ihrer Erfahrungen in die Wirklichkeit umsetzen sollen und wollen, herunter, und erklärt die Revolution - genau im bürgerlichen Sinne - zur Angelegenheit einer alles im Voraus bedenkenden „Elite“, die die Welt nach ihrem Bild - nach ihren „Vorstellungen“ - formen will. Aber gerade dieser Subjektivismus wird ja den Führungen der früher sozialistischen Länder heute angekreidet.

Marx' Verdienst besteht vor allem darin, die Arbeiterklasse und ihre Ideologie von „Vorstellungen“ und Utopien befreit und die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung analysiert zu haben. Kommt es also heute nicht eher darauf an, aufzudecken, was historisch entstanden und geschichtlich notwendig ist? Nur aus marxistischer Sicht - ohne bürgerliche

Verdrehungen und subjektivistisches Wunschdenken - ist es möglich, die in einer Niederlage endenden sozialistischen Revolutionen exakt einzuordnen, aus ihren Ergebnissen wissenschaftlich verlässliche Schlußfolgerungen zu ziehen und die Analyse von jeglicher Besserwisseri freizuhalten.

Ist es überhaupt möglich, „Vorstellungen“ vom künftigen Sozialismus aufzuschreiben, ohne sich zugleich ein genaues Bild von Fehlschlägen, Rückschlägen, von den Angriffen der Konterrevolution und den notwendigen Schritten zu ihrer Niederhaltung machen zu können? Ein Verzicht auch auf solche „Vorstellungen“ heißt aber nichts anderes als die Erzeugung einer Illusion. Denn beim besten Willen kann ich mir heute nicht ausmalen, wie die Konterrevolution künftig agiert, über welche Kräfte, Mittel, Methoden und Möglichkeiten sie verfügen wird. Das war doch einer unserer Fehler, daß wir im Überschwang des Enthusiasmus glaubten, mit den Gegnern leichtes Spiel zu haben und den Sozialismus ungestört aufbauen zu können. Daß wir die eigenen Möglichkeiten über- und das Potential der Bourgeoisie unterschätzten. Dürfen wir diese Lehre vergessen?

Wenn die Verfasser des Arbeits- und Diskussionsmaterials sich auf „Vorstellungen“ beschränken, so umgehen sie das komplizierte Geflecht zwischen den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, ihrer Erkennung, den zeitlich und territorial nahezu unendlichen Variationen und Wegen ihrer Durchsetzung und schließlich den subjektiven Fähigkeiten der führenden gesellschaftlichen Kräfte, möglichst genau im Sinne der historischen „Vorgabe“ - der Notwendigkeit - zu handeln.

Auch das ist eine wichtige Lehre aus dem bisherigen Verlauf der Geschichte: Unterschiedliche Bedingungen in den sozialistischen Ländern haben auch einen breiten Fächer voneinander abweichender - mehr oder minder geglückter - Lösungen hervorgebracht. Es ist eine bürgerliche Verleumdung, alles sei nach sowjetischem „Modell“ erzwungen worden. Es gab gar kein „Modell“ und es konnte nach der marxistischen Theorie auch keins geben. Die Klassiker haben sich bekanntlich niemals darauf eingelassen. Und der beschränkte Rahmen heutiger „Vorstellungen“ könnte nur ein wissenschaftlich fragwürdiges, ahistorisches „Modell“ zu Tage fördern.

War es nicht undialektisch und fehlerhaft, zu sehr den gewissermaßen „von selbst“ wirkenden Gesetzmäßigkeiten der Geschichte zu vertrauen? Man denke nur an

die naive Floskel: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf“. Umgekehrt frage ich, ob nicht auch „Vorstellungen“ - losgelöst von den künftigen, heute tatsächlich nicht bekannten objektiven gesellschaftlichen Bedingungen - in die Irre führen müssen. Ist es nicht vermessen, anzunehmen, daß sich das in der Revolution aktiv werdende gesellschaftliche Subjekt (über das auch noch Klarheit zu gewinnen wäre) an vorweggenommene „Vorstellungen“ oder „Modelle“ hält? Wird es nicht ganz andere zeitliche und örtliche Bedingungen vorfinden, als sie uns heute in den Kopf kommen? Wird es sich nicht, wie im Kommunistischen Manifest gefolgert wird, um Maßnahmen handeln, „die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben“? Die also niemand voraussagen kann.

Die gründliche Durcharbeitung des Arbeits- und Diskussionsmaterials, das der Partei und der Öffentlichkeit als Debattiergegenstand angeboten wurde, hat meine Befürchtung bestätigt, daß bereits die Aufgabe, „Vorstellungen“ zu erarbeiten, zu viel Raum für subjektive Betrachtungen, Zufälligkeiten und willkürliche Urteile läßt. Um zu gültigen, wissenschaftlich begründeten Erkenntnissen für die etwaige Entwicklung der Menschheit zu gelangen, halte ich folgendes für angemessen:

1. Marxistische Analyse des gegenwärtigen Imperialismus auf der Grundlage der Arbeiten Lenins aus dem Jahre 1915 (viele davon ist so aktuell, als ob es heute erst geschrieben worden wäre), der gegenwärtigen Herrschaftsmechanismen („Neoliberalismus“ und Faschismus) und der Hauptstrategien;
 2. Marxistische Analyse der ideologischen Strömungen im zeitgenössischen Imperialismus sowie deren sozialer und ökonomischer Wurzeln;
 3. Marxistische Analyse der bisherigen sozialistischen Revolutionen, ihrer gültigen Ergebnisse und der spezifischen, dem aktuellen Klassenkampf geschuldeten Ereignisse einschließlich getroffener Fehlentscheidungen;
 4. Marxistische Analyse der politischen und Klassenkräfte in der Welt, die objektiv und subjektiv in der Lage sind, den Weg zum Sozialismus zu bahnen.
- Wäre die Inangriffnahme und Verfolgung einer solchen Aufgabenstellung nicht bereits ein höchst wichtiger, aktueller, wissenschaftlicher Beitrag für die kommunistische Bewegung?

Norbert Pauligk

Nach bekanntem Rezept

Kriegshetze und Friedensheuchelei

Was vor und während der NATO-Aggression gegen Jugoslawien täglich an Kriegshetze aus Lautsprechern und von Fernsehbildschirmen tönte - von der Journalle der meisten Printmedien ganz zu schweigen - suchte seine Parallelen in Entsprechendem aus vergangener Zeit. Die in diesem Frühjahr angewandten Mittel zum Aufputschen der „deutschen Volksseele“ - gipfelnd in dem Schrei „Bombardiert doch endlich!“ - folgten genau jenem Rezept, das Hitler am 10. November 1938, nur einen Tag nach dem blutigen Judenpogrom, seinen Beauftragten für „Volksaufklärung und Propaganda“ offenbarte:

„Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda

auch ihre bedenklichen Seiten hat, denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defätismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deut-

schen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Massen des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß man es mit Gewalt abstellen; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen. Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt, verstärkt. Viele haben sie nicht begriffen, meine Herren; viele waren der Meinung, das sei doch alles etwas übertrieben. Das sind jene überzückten Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt.“

(Quelle: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, München, 2/1958)

(Eingesandt von Dr. Kurt Gossweiler)

Warum Prof. Dr. Günther für irre erklärt werden soll

Wessen Paranoia?

Prof. Dr. Dr. Siegwart-Horst Günther aus St. Peter-Ording im Kreis Husum ist ein international bekannter Arzt und Wissenschaftler. Als Leiter der Hilfsorganisation „Gelbes Kreuz International“ hat er sich hartnäckig dafür eingesetzt, daß durch völkerrechtliche Konventionen geächtete Waffen- und Munitionsarten nicht zum Einsatz gelangen. Immer wieder hat er die Machenschaften der kapitalistischen Rüstungskonzerne und ihrer Regierungen durchleuchtet. Dadurch ist er auf deren Feindliste geraten.

Als nach dem zweiten Golfkrieg bei irakischen Kindern und USA-Soldaten, die vom Kriegsschauplatz in die Heimat zurückkehrten, eine rätselhafte Krankheit auftrat - sie wurde bald das Golfkriegs-Syndrom genannt - suchte Prof. Günther nach den Gründen. Gelenk- und Kopfschmerzen, Schwindel, Erbrechen, Diarrhöe, Haar- und Zahnausfall, Drüsenschwellungen, Sehstörungen, merkwürdige Tumoren mit hochgradiger Flüssigkeitsansammlung im Bauchraum und Gedächtnisschwund sowie massenhafte Gürtelrosen bei Kleinkindern und Mißbildungen Nachgeborener zählten zu den Symptomen. Als erster brachte Günther aus dem Irak Reste einer neuartigen Munition mit, die man bei den USA-Streitkräften Depleted Uranium (DU) - erschöpftes Uran - nennt. Die DU-Muni-

tion stammte von den amerikanischen Truppen. Nach Angaben der Zeitung „Weekly World News“ vom 7. Februar 1995 ist u. a. auch ein deutscher Fabrikant - die Firma Baer-Bauer - mit der Entwicklung von Kugeln mit Nuklearspitzen befaßt. Nach dem Golfkrieg hatten irakische Kinder mit Geschossteilen gespielt, waren danach erkrankt und bald gestorben. Auch in den USA waren die Nachwirkungen verheerend. Mehr als 39 000 GIs mußten nach 1991 aus Gesundheitsgründen von der U.S. Army entlassen werden. Über 2 000 von ihnen sollen nach inoffiziellen Angaben gestorben sein. Auch britische Kriegsteilnehmer gingen elend zugrunde. Nach Schätzungen der Britischen Atomenergiebehörde liegen noch etwa 40 Tonnen DU-Material im Grenzgebiet zwischen Irak und Kuwait.

Prof. Dr. Dr. Günther, der einst Assistent bei Albert Schweitzer war, faßte seine Entdeckungen nicht nur in einem aufsehenerregenden Artikel zusammen, sondern wollte den Erstfund 1992 auch im Klinikum Berlin-Charlottenburg untersuchen lassen. Ein Polizeitrupp in Strahlenschutzkleidung besetzte das Labor und beschlagnahmte das Geschloß. Günther sah es erst vier Jahre später in einem Dokumentarfilm des ZDF wieder. Gegen den Arzt leitete man Schritte ein. 1995 befand er sich unter der Be-

schuldigung des Verstoßes gegen das Strahlenschutzgesetz dreieinhalb Wochen in U-Haft. Inzwischen will man den namhaften Mediziner und Forscher für geisteskrank erklären. Er soll zum Psychopathen gestempelt werden, damit seine Entdeckungen keinen Wert mehr besitzen. Vorladungen zur Untersuchung auf Paranoia und eine zeitweilige Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt sind vom Amtsgericht Husum angekündigt worden. Es wird behauptet, die Kritikfähigkeit des Arztes sei „partiell eingeschränkt“.

Freunde Prof. Günthers zeigen sich besorgt. Sie trommeln Alarm und stellen die Frage: Wer leidet hier eigentlich an Paranoia?

R.F.

**Eine neue Gesprächsrunde mit
Genossen Dr. MANFRED SOHN
findet am 8.10.1999 um 19.00
Uhr im DKP-Büro statt.**

**Thema:
Sichten auf Kosovo - Über Po-
sitionen kommunistischer Par-
teien zur Aggression gegen Ju-
goslawien**

Die schweren Geschütze im ideologischen Krieg gegen Cuba:

„Menschenrechte“ und „politische Häftlinge“

Es ist nicht neu, daß die Reaktion Begriffe aus der Arbeiterbewegung für sich instrumentalisiert und damit deren Inhalte ins Gegenteil verkehrt. Eine hohe Perfektion besaß hierbei zweifellos der deutsche Faschismus, der sich selbst das bis heute verwendete Etikett „Nationalsozialismus“ verlieh, Begriffe und Lieder des Proletariats für seine Zwecke mißbrauchte und schließlich den Beginn des Vernichtungskrieges gegen Polen mit der angeblichen Bedrohung von „Volksdeutschen“ zu legitimieren versuchte. So erklärte Hitler am 22. August 1939 vor den höchsten Wehrmachtsgenerälen: „Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.“)

Mit der Befreiung der Völker Europas vom faschistischen Joch wurden die Psychotricks des Imperialismus nicht ad acta gelegt. Im Gegenteil. Sie wurden gerade in den Stäben des Pentagon und der NATO sowie durch die „Denk-Tanks“ von CDU/CSU und SPD übernommen, verfeinert und weiterentwickelt.

Bei der Verbreitung und Exekution des imperialistischen Überfalls auf Jugoslawien erfuhren sie ihre bisher höchste „Vervollkommnung“. Es ist frappierend, wie sich die Demagogen bis in die Wortwahl gleichen: So erklärte der Chef der Public Relations-Firma Ruder Finn, ein gewisser James Harff, zu der von diesem Unternehmen entwickelten antiserbischen Kriegspropaganda: „Die Schnelligkeit ist entscheidend. Sobald irgendeine Information für uns vorteilhaft ist, sehen wir uns verpflichtet, sie sofort in die öffentliche Meinung einzupflanzen. Denn wir wissen genau, daß die erste Nachricht von Bedeutung ist. Ein Dementi hat keine Wirkung mehr ...“

Im ideologischen Kampf gegen das sozialistische Weltssystem spielten vor allem zwei Begriffe stets eine Rolle: Die Menschenrechte und die Frage der sogenannten politischen Gefangenen im sozialistischen Lager.

„Hauptankläger“ waren und sind bis heute die Regierungen der Vereinigten Staaten, deren Machtorgane mit äußerster Härte gegen die indigenen Völker Nordamerikas und die afro-amerikanische Bevölkerung vorgehen. Und die Führung der BRD, auf deren Territorium die Kommunistische Partei 1956 verboten wurde, (damals europaweit in alleiniger Gesellschaft der faschistischen Regimes Spaniens, Portugals und Griechenlands). Gegen Hunderttausende wurde in den 50er und 60er Jahren polizeistaatlich ermittelt. Die Politik des justitiellen Gesinnungsterrors wurde ab 1969 nahtlos von den SPD-Regierungen (Brandt: »Mehr Demokratie wagen«) durch flächendeckende Berufsverbote fortgesetzt. Nach Liquidierung der sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas haben sich die Zielkoordinaten geändert, nicht aber die Strategie.

Nun konzentriert sich die heuchlerische „Menschenrechts“-Kampagne vor allem auf die verbliebenen sozialistischen Länder China, Nordkorea, Vietnam und - natürlich - Cuba.

Alljährlich wird bei den UN-Vollversammlungen von imperialistischen Staaten der Versuch unternommen, Cuba per Resolution als menschenrechtsverletzendes Land international abzustempeln. Immer wieder überfluten die bürgerlichen Massenmedien aller Kontinente ihre Zuschauer, Leser und Hörer mit blutrünstigen Stories über angebliche »politische Häftlinge«. Ganz abgesehen von den speziellen Hetzsendungen aus Miami und per Satellit. Dabei kennen die Kolportage solcher Geschichten kein Maß.

So kommt es schon mal vor, daß sich ein von »amnesty international« und anderen interessierten Diensten aufgebauter »Menschenrechtskämpfer«, der im cubanischen Knast „zum Beinamputierten gefoltert“ wurde, nach seiner Ausreise wackeren Fußes und auf zwei völlig gesunden Beinen in Paris der Journalistenmeute stellt. Da geschieht es laufend, daß sich Häftlinge in Cuba, die überall als »Gefangene aus Gewissensgründen« verkauft worden sind, als schnöde Bombenwerfer entpuppen. Aber, was soll's? Die Lüge wurde von Millionen konsumiert. Und die Dementis in den Zeitungen erscheinen als Kleingedrucktes.

Was aber ist denn nun dran an den vermeintlichen Menschenrechtsverletzungen, an den »politischen Gefangenen« und den Folterwürfen?

Tatsache ist: Der Sieg der Revolution 1959 hat dem cubanischen Volk die Menschenrechte - die politischen wie die individuellen und die sozialen - überhaupt erst gebracht: Das Recht auf Leben und Überleben, auf Wohnen und Arbeit, auf Bildung und Ausbildung, auf Selbstbestimmung der Frau, die Rechte der Menschen mit Behinderungen, der Kinder und der Alten. All diese und viele andere Menschenrechte gab es in Cuba - einem Hinterhof und dem Bordell der USA - bis dahin nicht!

Im Guerillakampf von 1953 bis 1958 galten seitens der Revolutionäre die harten Gesetze des Krieges. Mit dem 1. Januar 1959 wurde die revolutionäre und später die sozialistische Gesetzlichkeit eingeführt. In den ersten Jahren gab es öffentliche Prozesse. In der folgenden Zeit wurde, bis heute, über große Strafverfahren in allen Medien umfassend berichtet. Gerade in den vergangenen Jahren mußte die cubanische Justiz zur Kenntnis nehmen, daß von weiten Bevölkerungskreisen härtere Strafen für Bombenattentäter und andere Kapitalverbrecher gefordert wurden, als sie bisher von den Gerichten verhängt worden waren. Wen wundert das angesichts der Tatsache, daß die seit 40 Jahren andauernde, umfassende Wirtschafts- Finanz- und Handelsblockade seitens der USA und ihrer Verbündeten in

Wahrheit eine ständige Aggression gegen das cubanische Volk darstellt?

Die cubanische Verfassung ist m.E. die fortschrittlichste und revolutionärste der Welt. Sie sieht weder in der Theorie noch in der Praxis die Enkerkerung von Personen aus Gewissensgründen vor. Die in Cuba in Haft gehaltenen angeblichen politischen Gefangenen sind ausnahmslos wegen Verbrechen festgesetzt worden, die in jedem anderen Land der Welt ebenfalls strafbar sind (bewaffnete Aktionen und Attentate, Agententätigkeit für eine ausländische Macht, Raub, Mord usw.). Was aber die Folterwürfe betrifft, so zielt auch diese Beschuldigung ins Leere. Weder die fleißigen „Rechercheure“ von »amnesty international« noch diverse UN-Kommissare, ja, selbst nicht einmal die mit CIA-Leuten vollgestopfte US-Interessenvertretung in Havanna konnten bisher auch nur einen einzigen Fall von Folter belegen. Im Gegenteil: In Lateinamerika und der Karibik ist gerade Cuba das Land, das Verfolgten und Folteropfern aus anderen Staaten der Region und den USA Zuflucht und Asyl gewährt! Aus diesem Grund ist der revolutionäre Inselstaat ein geachteter Ansprechpartner für alle Menschenrechtsorganisationen der westlichen Hemisphäre.

Eingangs wurde auf die reaktionären Kreise verwiesen, die sich der hier dargestellten ideologischen Kampfbegriffe bedienen. Leider gibt es inzwischen auch Kräfte, die sich dem linken Spektrum zuordnen und dennoch nicht darauf verzichten, dieselben Klischees zu bedienen. Anläßlich des 50. Jahrestages der Verabschiedung der UNO-Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948 - der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die sich bekanntlich als Reaktion auf die faschistische Barbarei verstand! - war es ausgerechnet die PDS-eigene Zeitung »Neues Deutschland«, die - im Unterschied sogar zu »FAZ«, »SZ«, »FR«, »Welt«, »Bild« usw. - als einziges Blatt Cuba ins Visier nahm. Damit aber nicht genug: Am 14.07.99 kolportierte der »ND«-Journalist Uwe Kalbe gezielt anticubanische „Informationen“. Unter Hinweis auf Angaben der trüben Quelle »amnesty international« berichtete er, daß von »350 politischen Häftlingen“ in Cuba ... „etwa 100 gewaltlose Personen“ seien. (Die anderen 250 sind demnach offenbar gewalttätig, aber schwer unterdrückt. Oder?)

Comandante Fidel Castro hat vor einigen Jahren zur Realität seiner Heimat erklärt: »Cuba ist nicht das Paradies, als das es manche unserer Freunde gern sehen. Aber es ist wahrlich auch nicht die Hölle, als die es unsere Feinde immer wieder darstellen.«

Dem ist nur hinzuzufügen, daß wir im Verhältnis zur sozialistischen Insel in der Karibik nach wie vor einen zuverlässigen Kompaß besitzen: den proletarischen Internationalismus.

Heinz-W. Hammer, Essen



**Zum 30. Todestag Ho Chi Minhs
am 3. September 1999**

Aus dem Testament eines großen Revolutionärs

Zuerst möchte ich von der Partei sprechen ... Breite Demokratie, regelmäßige ernste Kritik und Selbstkritik sind die besten Wege, um den Zusammenhalt und die geistige Einheit in der Partei zu konsolidieren und zu entwickeln ...

Unsere Partei ist an der Macht. Jedes Parteimitglied, jeder Kader muß tief erfüllt sein von revolutionärer Moralität, Fleiß, Sparsamkeit, Integrität, Aufrichtigkeit, voller Ergebenheit in die Sache der Allgemeinheit und beispielhafter Selbstlosigkeit.

Unsere Partei sollte ihre absolute Reinheit bewahren und ihrer Rolle würdig bleiben als Führer und loyaler Diener des Volkes ...

Über die kommunistische Weltbewegung: Ich, der ich mein ganzes Leben der Sache der Revolution mit zunehmendem Stolz auf das Wachsen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung geweiht habe, empfinde den tiefsten Schmerz über die Meinungsverschiedenheiten, die die Bruderparteien trennen.

Ich wünsche unserer Partei ihr Bestes zu tun, um wirksam zur Wiederherstellung der Einheit unter den Bruderparteien auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus in einer Weise beizutragen, die den Erfordernissen von Herz und Verstand entspricht.

Ich bin sicher, daß die brüderlichen Parteien und Länder wieder vereinigt sein werden.

Über persönliche Dinge: Mein ganzes Leben habe ich meinem Land, der Revolution und meinem Volk mit ganzer Kraft und meinem ganzen Herzen gedient. Jetzt, da ich im Begriff bin, die Welt zu verlassen, gibt es nichts, was ich bedauern würde, außer der Tatsache, nicht länger dienen zu können.

Wenn ich sterbe, sollten große Beisetzungsfeierlichkeiten vermieden werden, um keine Zeit und kein Geld des Volkes zu vergeuden ...

Mein letzter Wunsch ist es, daß unsere ganze Partei und unser Volk, eng vereint im Kampf, ein friedliches, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und blühendes Vietnam erbauen und so einen würdigen Beitrag zur Weltrevolution leisten.

Ho Chi Minh, Hanoi, 10. Mai 1969

Die „Zellen“-Therapie des Herrn Mothes

Eine Lügenkanone in Schwerin

In einem Rechtsstaat ist es üblich, daß staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingestellt werden, wenn sich kein hinreichender Tatverdacht ergibt. Im großen und ganzen hält man sich sogar in der BRD an diese Regel - es sei denn, es handelt sich um ein „Delikt“, aus dem sich politisches Kapital schlagen läßt.

Ein solcher „Fall“ ist die Lügenstory von den „Stasi-Röntgenkanonen“, mit denen „Bürgerrechtler“ todkrank verstrahlt worden seien (s. RF 19/99). Der Vorwurf läßt sich für das staatsoffizielle Anliegen einer „Delegitimierung der DDR“ vortrefflich ausschlagen. Und obwohl durch offizielle Gutachter, das Amt für Strahlenschutz, „unabhängige Quellen“ und selbst durch an der Auflösung des MfS beteiligt gewesene Personen aus dem Spektrum der sogenannten DDR-Opposition nachgewiesen wurde, daß die „Röntgenkanonen“ weder von ihrer Installation her noch nach ihrer Strahlendosis für den behaupteten Zweck einsetzbar gewesen wären, ermittelt die Erfurter Staatsanwaltschaft weiter „in dieser Sache“. Gegen Unbekannt, versteht sich. Denn es fehlt an Tätern und - nicht minder - an Opfern.

Als angesichts dessen von den Erfurter Gesetzhütern angedeutet wurde, man erwäge nunmehr die Einstellung des Verfahrens, lief ein Mann dagegen Sturm, dessen Geschäft die Verteufelung der DDR im allgemeinen und die Verbreitung von „Stasi-Phobie“ im besonderen ist: Jörn Mothes, seit 1997 hochdotierter MfS-Aktenverwerter in Mecklenburg-Vorpommern. Mit solchem Amt ausgestattet, konnte er erzwingen, daß der Vorgang „Röntgenkanone“ nicht geschlossen wurde.

Daß Mothes nicht nur mit dem laufenden Ermittlungsverfahren sein Süppchen am Köcheln halten will, ließ sich unlängst dem „Magazin“ entnehmen - jener Publikation, die zu DDR-Zeiten im Ruf stand, niveau- und kulturvolle Unterhaltung zu bieten. Das aber hat sich inzwischen gründlich geändert.

Im „Magazin“ 9/99 schildert eine der dort schreibenden Damen, wie sich der Herr Mothes als Nachhilfelehrer in Geschichte, Abteilung DDR, zu produzieren pflegt. Da es ihm unerträglich ist, immer wieder und insbesondere bei der Begegnung mit jungen Leuten auf die Ansicht zu stoßen, daß (so schon in der Überschrift des Beitrages) in der DDR „doch nicht alles schlecht war“, führt er einen Feldzug gegen solche „Verklärungshaltungen“.

Zu welchem Einfallsreichtum dabei pathologischer Haß befähigt, wird vorgeführt:

Mothes wirkt nicht bloß als der, der alles besser weiß, wenn bei ihm die mecklenburgischen Lehrer zur „(Pflicht-)Fortbildung zum Thema Staatssicherheit“ antanzen müssen. Er drängt diese pädagogischen Nachhilfeempfänger offensichtlich auch, anschließend mit ganzen Schulklassen bei ihm zu erscheinen - dort, wo sich einst die Untersuchungshaftanstalt des MfS befand. Da verschafft er dem ihm zugeführten jungen Publikum ein Erlebnis besonderer Art. Die Jungen und Mädchen werden für gewisse Zeit in „Zellen des Stasi-Knastes“ eingesperrt. „Wo das Klo noch immer stinkt. Wo keiner einen hört, der hier schreit. Wo das Fenster ein Gitter hat“.

Der Schock leitet den sogenannten Projekttag beim „Landesbeauftragten“ ein. (Das Land aber hat eine SPD/PDS-Regierung.) Ihm folgt die Gehirnwäsche. Phantasiestellen sind zur Hand: 17 000 seien hier eingekerkert worden! 40 000 „politische“ Haftjahre! Samt und sonders „zu Unrecht verurteilt“! Alles harmlose Mitmenschen! Staatsfeinde, Saboteure, Spione, Neonazis? Aber nicht doch.

Herr Mothes müht sich, so (un-)redlich, wie er nur kann. Und ob er kann! Solange noch im Volke (Ost) in bezug auf die DDR die Meinung anzutreffen ist „Das System war so menschlich“ (Originalzitat aus dem Magazin-Artikel), strampelt er sich ab, das Gegenteil zu beweisen. Hin und wieder scheint es ihm zu gelingen, Geschichtslehrer dabei zu „Hilfswilligen“ zu machen. Die „müssen“ zwar laut Direktive des hiesigen Kultusministeriums die jüngste deutsche Vergangenheit behandeln, sind aber hinsichtlich der Intensität ziemlich ungebunden. Der im Artikel enthaltene bemerkenswerte Satz „Die neue Freiheit bringt auch die Freiheit des Weglassens mit sich“, darf durchaus so verstanden werden, daß vorzugsweise die Wahrheit über die DDR zu entfallen hat.

Daß Herr Mothes nach der Gehirnwäsche seine jungen Opfer dann mit Formularen versieht, mit denen „Antrag auf Akteneinsicht“ gestellt wird, und sie nötigt, ihre Eltern zur Benutzung seines „Archivs“ zu drängen, rundet das Bild lediglich ab. Allerdings: Dem Beitrag ist zu entnehmen, daß die Neigung zu solcher „Neugier“ in keinem Elternhaus anzutreffen war.

Bei der mühsamen und oft vergeblichen Suche nach Ausbildungsplatz, beruflicher Perspektive und sozialer Sicherheit dürfte sich hingegen auch bei jungen Leuten immer wieder Nachdenken darüber einstellen, warum in der DDR „nicht alles schlecht“, aber vieles sehr viel besser war.

Wolfgang Clausner

Politische Strafverfolgung per Gesetz beenden!

Eine Kette von Unrecht



Die Wogen um eine gesetzliche Beendigung der politischen Strafverfolgung von „Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ haben sich - scheinbar - geglättet. Übergreifende politische Ereignisse wie der verbrecherische

NATO-Krieg gegen Jugoslawien haben das Thema in der Öffentlichkeit verdrängt. Die Erregung über die Forderung der PDS-Bundestagsabgeordneten Evelyn Kenzler nach Beendigung der Strafverfolgung ehemaliger DDR-Bürger scheint vergessen. Der Bundeskanzler wie auch andere Politiker, von der GRH und weiteren Organisationen und Personen in Briefen um Stellungnahmen zur Problematik gebeten, sehen neun Jahre nach der „Vereinigung“ keinen Handlungsbedarf, dieses auch international schmachvolle Schauspiel zu beenden. Vorgeschoben werden im Regelfall die altbekannten Schlagworte von der Unabhängigkeit der Gerichte, den Interessen der Opfer, den „schlimmen Verbrechen des SED-Regimes“... Auch Briefe an die PDS-Führung haben nicht mehr als ein Vertrösten auf später gebracht. Schließlich wird von Verantwortlichen dieser Verfolgung darauf verwiesen, daß die Verfahren ohnehin abgeschlossen seien und darüber hinaus am 3. Oktober 2000 die Verjährung eintreten werde.

Es ist aber entweder ein sträflicher Irrglaube oder ein böswilliges Negieren der Tatsachen anzunehmen, das Thema „Beendigung der politischen Strafverfolgung per Gesetz“ sei wirklich erledigt. Der Fall der zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilten Antifaschistin Irmgard Jendretzky (81) rückt dramatisch ins Bewußtsein, wozu die BRD-Justiz in Sachen DDR-Verfolgung weiterhin willens und auch fähig ist. Dabei ist dieser Fall in seinen unmenschlichen Dimensionen zwar besonders gravierend, aber kein Einzelfall. Noch ist diese Strafverfolgung in vollem Gange. Nah- und Fernwirkungen betreffen unverändert tausende von Menschen. Belege für Aktualität und Dringlichkeit einer Lösung liegen auf der Hand:

* Von den ca. 75 000 Ermittlungsverfahren ist die Masse zwar abgeschlossen, aber Tausende warten noch auf eine definitive Entscheidung bzw. die Entscheidung ist den Betroffenen nicht bekannt. Viele dieser Verfahren laufen bereits seit Jahren - eine menschenrechtswidrige, nach dem Völkerrecht verbotene Praxis.

* Nach wie vor befinden sich Opfer dieser Verfolgung in Gefängnissen. Wenn auch inzwischen vorzeitige Entlassungen erfolgten, gibt es in jüngster Zeit neue Strafantritte und Ladungen; weitere sind zu erwarten.

* Nahezu täglich finden in Gerichtssälen

Ostdeutschlands unverändert Verhandlungen - vor allem gegen Militärs und Juristen - statt. Es ist geradezu auffallend, daß an manchen Tagen z.B. im Berliner Kriminalgericht Verfahren gegen ehemalige DDR-Bürger in Sachen politische Strafverfolgung dominieren.

* Dutzende von Anklagen sind erhoben und gerichtsanhängig. Mit der Eröffnung und Durchführung dieser Verfahren ist noch 1999 bzw. Anfang 2000 zu rechnen. Neue Anklagen sind nicht auszuschließen, wenn man an die Verfahren wegen Körperverletzung gegen Ärzte, Trainer und Sportfunktionäre denkt.

* In einzelnen Fällen hat die Staatsanwaltschaft nach einer rechtskräftigen Bewährungsverurteilung inzwischen zum zweiten Male Anklage erhoben. Verfahrenseinstellungen sind in anderen Fällen von der Staatsanwaltschaft wieder aufgehoben worden, nachdem die Strafe von oberen Gerichten gemildert wurde.

* Eine erhebliche Anzahl von Verfahren befindet sich bei oberen Gerichten zur Überprüfung oder im internationalen Rechtsweg. Bis zur abschließenden Entscheidung dürften noch Monate, in Einzelfällen Jahre vergehen.

* Verurteilte gefährden durch Verfahrenskosten ihre Existenz. Viele von ihnen haben eine Schuldenlast, die sie Zeit ihres Lebens nicht abtragen können. Feststellungen haben ergeben, daß fast alle Verfolgten im Laufe des Verfahrens tausende von Mark an Rechtsanwälte und Gerichte zahlen mußten, oft durch Darlehen oder Spenden finanziert.

In einer nicht unbeachtlichen Zahl von Fällen, die sich bei Gericht über Monate hinschleppten, belaufen sich die Verfahrenskosten auf viele zehntausende von Mark. Langjährige Ratenzahlungen, Pfändungen und regelmäßige entwürdigende Offenbarungen der wirtschaftlichen Lage sind die Folgen solcher Belastung. Hier droht sogar die Vererbung der Schulden, falls das Erbe nicht ausgeschlagen wird.

Die Strafverfolgung hält also unvermindert an, ihre Wirkungen sind allgegenwärtig und werden noch Jahre spürbar sein. Angesichts der langjährigen Belastungen vieler Betroffener findet sich zwar mancher mit dem Urteil ab, im Regelfall aber wird die Entscheidung nicht akzeptiert. Wer allerdings Widerstand leistet, sich zu seiner Vergangenheit bekennt und sich nicht als Krimineller abstempeln läßt, bekommt die ganze Härte des bundesdeutschen Rechtsstaates zu spüren. Wie etwa mehrere Militärs, die vom Berliner Landgericht vor einigen Monaten hohe Freiheitsstrafen erhielten, oder jüngst zwei Militärjuristen, die wegen angeblicher Rechtsbeugung zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Anlaß, auch heute noch über Berechtigung und Sinn einer Weiterführung dieser Verfahren und einer Aufrechterhaltung bereits ergangener Urteile nachzudenken, besteht unverän-

dert. Eine Beendigung dieser Verfolgung hätte neben der juristischen aus den o.g. Gründen auch unmittelbar praktische Bedeutung, da eben die Verfolgung noch nicht abgeschlossen ist. Selbst nach Beendigung der formalen Verfahren aber - die jahrelangen Belastungen und die mit den Verfahren verbundene Diskriminierung und Entwürdigung bleiben. Vor allem aber bleiben für die meisten die unermeßlichen finanziellen Schäden. Es ist nicht übertrieben, hier von einer „Strafe nach der Strafe“ zu sprechen. Nicht selten sind die Folgen unverhältnismäßig härter als die Strafe selbst.

Es gibt also viele Gründe, die zum Nachdenken anregen, die Einhaltung und Umkehr gebieten, was Gesetzeskonformität und Gerechtigkeit wiederherstellen würde. Eine Amnestie, wie sie mehrfach im Gespräch war, oder auch Gnadenweise werden diesem Anliegen nicht gerecht. Wenn solche Akte aber die Folgen des Unrechts mindern, dem Einzelnen die Last der Strafe erleichtern, wird sich niemand entsprechenden Schritten verweigern. Im Einzelfall muß sogar im Interesse des Betroffenen um Begnadigung gekämpft werden.

Angesichts der politischen Realität, aber auch zur Verhinderung weiteren Schadens für das Recht dieses Landes steht heute als erster Schritt die Forderung nach Beendigung der Verfolgung kraft Gesetzes auf der Tagesordnung. Eine solche Maßnahme des Gesetzgebers müßte den unverzüglichen Stopp aller Verfahren, die sofortige Aussetzung der Strafvollstreckungen und die Aufhebung aller finanziellen Zahlungen umfassen. Ein solches „Schlußgesetz“ würde weiteren Schaden, Verfolgungen, Verurteilungen und deren Folgen verhindern, aber weder einen Schlußstrich unter deutsche Vergangenheit ziehen - wie von Gegnern eines Schlußgesetzes immer wieder behauptet - noch müßte es Aussagen zur Rechtmäßigkeit der Verfahren treffen.

Letztlich kann aber nur die gesetzliche Rehabilitierung das politische und juristische Unrecht beseitigen. Solange sich aber die Bundesrepublik Deutschland als alleiniges Maß von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit versteht, werden Ignoranz und Arroganz eine Neubewertung der eigenen Geschichte und eine Korrektur auch des juristischen Kurses verhindern. Erinnerung sei nur an die tausende Opfer des Kalten Krieges der BRD aus den 50er und 60er Jahren, die seit Jahrzehnten um ihre Rehabilitierung kämpfen. Neue Opfer sind inzwischen in der Alt-BRD zu Hunderten hinzugekommen. Erst wenn also ein wirklich „weiser Gesetzgeber“ per Gesetz die Rehabilitierung aller Opfer politischer Verfolgung in beiden deutschen Staaten beschließt, könnte die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt und ein wichtiger Schritt zur Beendigung des Kalten Krieges in Deutschland und zur inneren Einheit - nicht nur zwischen Ost und West - vollzogen werden.

RA Hans Bauer, stellvertretender Vorsitzender der GRH e.V.

Reporterskizzen (16)

Die große Rolle des Sam Silverberg

Dieser Tage habe ich über „meine“ interessantesten Prozessenachgedacht. In der zweiten Hälfte der 50er und zu Beginn der 60er Jahre arbeitete ich als Staatsanwalt in Güstrow. Der größte Fisch entschlüpfte mir allerdings, weil dafür das Bezirksgericht zuständig war: ein von seiner Frau angestifteter ehemaliger SS-Mann, der seine frühere Geliebte in den Wald gelockt, dort bewußtlos geschlagen und dann beim Herannahen des D-Zugs auf die Geise geschleppt hatte. Es war übrigens der einzige Mord, der sich in den fünf Jahren meiner Tätigkeit in Güstrow zutrug. Ja, es hatte in der Stadt noch eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgang gegeben: ein sonst zuverlässiger Zugschaffner, dem bei einer nachmittäglichen Geburtstagsfeier der Alkohol in den Kopf gestiegen war, hatte seinen Vorgesetzten, als er abends angetrunken zum Dienst erschien, an einer telefonischen Meldung beim Bahnhofsvorstand hindern wollen und durch einen Schlag mit dem Hörer dessen Schläfe getroffen. Zweimal nacheinander war der sonst angesehene Eisenbahner - ein Aktivist der frühen Jahre - vom Kreisgericht zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden, obwohl ich nur fünf Jahre beantragt hatte, zweimal war ich zugunsten des Angeklagten beim Bezirksgericht in Protest gegangen, bis sich die höhere Instanz des Zurückverweises an die niedere überdrüssig zeigte und selbst auf das von mir geforderte Maß erkannte. Auch das war Rechtsprechung in der DDR: Wir kämpften nicht - wie bürgerliche Staatsanwälte - um ein möglichst hohes, sondern um ein gesellschaftlich vertretbares, gerechtfertigtes Strafmaß. Kapitalverbrechen und bandenmäßig begangene Kriminalität spielten in unserer Statistik eine äußerst geringe Rolle; das Wort Banküberfall war für Polizei und Justiz in jener Zeit ein absolutes Fremdwort. Natürlich gab es gefährliche Täter und schlimme Delikte - vor allem solche, die in unserem Landkreis aus dem Widerstand gegen die neuen Produktionsverhältnisse auf dem Dorf erwachsen. Da war der Schäfer, der seine Herde vorsätzlich verkommen ließ, der Hirte, der Kühe auf die Bahnstrecke trieb, der von Großbauern aufgewiegelt den Noch-immer-Knecht, der Vieh vergiftete, oder auch der heimliche Nazi, der die Scheune ansteckte. Im Klassenkampf zogen die Parteigänger des Alten scharf vom Leder. Es versteht sich, daß sie eine Antwort bekamen. Was die „eigenen Leute“ - nicht im Partei-sinne gemeint - betraf, war ich als kommunistischer Jurist stets daran interessiert, Konflikte mit adäquaten Mitteln zu lösen; das galt auch für politische Konflikte, bei denen der Klassenfeind nur mittelbar - durch ideologische Einwirkung auf Angehörige der eigenen Klasse - seine Hand im Spiel hatte.

Ich erinnere mich an einen Kleinlokführer von einer Baustelle in Lalendorf, der 1959 vor großem Publikum verkündet hatte: „Am 30. Mai wird mit der DDR Schluß gemacht!“ (Damals war das sogenannte Chruschtschow-Ultimatum zur Lösung der Westberlin-Frage ein zentrales Thema der imperialistischen Medien.) Der schon ältere Mann - sonst ein guter Arbeiter - war daraufhin inhaftiert worden. Beim Verhör kam ich zu dem Ergebnis, daß hier politische, nicht aber justizielle Mittel angewandt werden mußten. Ich suchte das Gespräch, stellte das Verfahren ein, entließ den „Delinquenten“ aus der Haft, setzte für den Abend eine Brigaderversammlung auf der Baustelle an und sagte dem Lokführer, er sei dort der „Hauptredner“. Dieser war damit einverstanden. Auf der Fahrt zum Veranstaltungsort brach mein illustrierter Dienstwagen - eine irgendwo „erbeutete“ dunkelblaue Mercedes-Limousine, Baujahr 1948 - scheinbar endgültig zusammen. Der gerade freigelassene Ex-Gefangene und mein Fahrer Bruno Spanowski bekamen ihn aber gemeinsam wieder flott. In Lalendorf sagte ich zu den Arbeitern: „Ich bringe Euch den Albert zurück. Der will Euch die Geschichte mit dem 30. Mai erklären.“ Der „Referent“ hielt eine bemerkenswerte Rede. Er habe einiges hinzugelehrt, sagte er. Aus einem halben Gegner war nun ein Verbündeter geworden, der freimütig erzählte, was er bei der Justiz erlebt hatte. Den Rest, der noch fehlte, besorgte ich. Natürlich ist es nicht immer so glatt gegangen. Es gab auch manche Dummheiten Über-eifriger auf unserer Seite. Doch laßt mich noch von Sam Silverberg, dem Star, und seiner großen Rolle berichten. Eines Tages bekam ich - nach vorherigem Ersuchen, den Fall zu übernehmen (damals bestand noch eine partielle Zusammenarbeit mit westdeutschen Justizbehörden) - vier oder fünf Akten vom Oberstaatsanwalt der Rheinpfalz. Sie betrafen einen gewissen Hans-Günther Mackeldey, von dem wir in Erfahrung gebracht hatten, daß er unter dem im DPA eingetragenen „Künstlernamen“ Sam Silverberg vom Güstrower Ernst-Barlach-Theater frisch als Operettenbuffo engagiert worden war. Er hatte zuvor als Regieassistent mit Spielverpflichtung in Halle gewirkt. Von der dortigen Bezirkszeitung „Freiheit“ war er am Tage seiner zwei Jahre früher erfolgten Übersiedlung aus der BRD mit einem Beitrag auf der Titelseite begrüßt worden. Das Foto zeigte einen strahlenden Mann mit großem Blumenstrauß, darunter die Worte: „Westdeutscher Künstler bricht mit Adenauer“. Was da aus der Rheinpfalz auf meinen Tisch flatterte, sah allerdings weniger nach Kunst und mehr nach Kriminalität aus. Der ehemalige Kellner im Theater-Restaurant Düssel-

dorf Mackeldey, so erfuhr ich, sei achtmal wegen Betruges und Hochstaperei - u.a. wegen Führens des Dokortitels und unerlaubten Tragens eines geistlichen Gewandes - vorbestraft und müsse sich nun für mehrfachen schweren Betrug im Rückfall verantworten. Zuletzt habe seine Frau ein recht verrufenes Lokal in Ludwigshafen betrieben. Das Mobiliar des „Hauses“ sei gegen Sicherheitsübereignung auf Privatkredit erworben und anschließend weiteren Kreditgebern noch mehrfach „übereignet“ worden. Im letzten Akt des Dramas habe Mackeldey dann das ihm überhaupt nicht gehörende Inventar verkauft und sei mit seiner Familie in die DDR ausgereist.

Als dann in Güstrow der Prozeß stattfand - der Angeklagte hatte in der U-Haft mit der Niederschrift eines „Chicago“ betitelten Mehrakters begonnen -, wurde durch den Buffo die neue Spielzeit des Theaters eröffnet. Vor den vollzählig erschienenen Schauspielern und einem breiten Publikum aus „Kriminalstudenten“ sah man Sam Silverberg in einer Glanzrolle. Wirklich, er war kein Schmierkomödiant, sondern ein Hochstapler von Format. Fast wäre es zum Applaus auf offener Szene gekommen, so begeistert waren die Zuschauer von dem komödiantischen Charme des Hauptdarstellers. Die fünf Jahre Freiheitsentzug - es handelte sich dabei um die Mindeststrafe - steckte er mit der linken Hand weg. Mackeldey wurde zur Strafverbüßung in das Haftarbeitslager Kalk- und Zementwerke Rüdersdorf verlegt, wo sich die Gefangenen durch hohe Normerfüllung einen erheblichen Strafnachlaß erarbeiten konnten. Als Kreistaatsanwalt war ich verpflichtet, die Strafverbüßung zu überwachen und in bestimmten Abständen - jedenfalls aber nach der Hälfte der Zeit - einen Führungsbericht anzufordern. Das tat ich natürlich auch im Falle unseres Künstlers. Er hatte aus der mißlichen Situation das Beste gemacht. Nicht ohne Rührung schilderte mir der Leiter des Haftarbeitslagers das verdienstvolle Wirken Sam Silverbergs. Dieser sei nicht nur ein exemplarischer Insasse, sondern auch ein ruheloser Geist. Seinem Kulturleiter verdanke das Kommando einen Dramatischen Zirkel, einen A-Capella-Chor und ein Orchester. Von Neuerungen in der Bibliothek ganz zu schweigen. „Ich bitte Sie, eine vorzeitige Haftentlassung des Strafgefangenen Hans-Günther Mackeldey noch aufzuschieben, da unsere kulturelle Arbeit sonst schwersten Schaden nehmen würde“, gab der Major zu bedenken. Seinen schwerwiegenden Argumenten mußten wir uns dennoch verschließen.

Übrigens - auch Mackeldeys Rüdersdorfer Metamorphose ist ein Zipfelchen DDR.

Klaus Steiniger

Im Sinne Goethes: Auf zu neuen Ufern

Nachdenken über Hinterbliebene

Aktive Mitgestalter der DDR trafen sich unlängst in Erfurt, um die Vorstellung des neuen Buches von Prof. Dr. Karl Heinz Jahnke, „Zu Hause in der DDR“. Biografische Notizen“ (Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 1999, 208 Seiten ISBN 3-89144-266-1) zu erleben.

Nach der Zusammenkunft, die keinen der Anwesenden kalt gelassen haben dürfte, kam mir der Vergleich mit einem Besuch von Hinterbliebenen auf einem Friedhof in den Sinn. So oft sie an die Gedenkstätte treten und ihre Erinnerungen intensiver wachgerufen werden, ist ihnen wehmütig ums Herz. Die Verstorbene war - zu Beginn ihres Lebens hungrig, frierend, kränkelnd, ärmlich behaust und notdürftig bekleidet - im Verlaufe der Jahre unter großen Entbehrungen ihrer Eltern beachtlich „hochgepepelt“ worden und konnte sich auch außerhalb des eigenen Lebenskreises durchaus sehen lassen.

Der Leser weiß, ich meine gleichnishaft die am 7. Oktober 1949 gegründete und am 3. Oktober 1990 ausgelöschte Deutsche Demokratische Republik, die uns - den Hinterbliebenen - von Tag zu Tag mehr fehlt, je brutaler auch im Osten die kapitalistische Wirtschaft und deren soziale, politische, juristische, moralische u.a. gesellschaftliche Verhältnisse restauriert werden. Bis zum 8. Mai 1945 hatte es sie ja auch auf unserem Territorium gegeben.

Nicht jeder „Hinterbliebene“ ist nach einem Jahrzehnt, ja überhaupt jemals dazu imstande, dem Motto zu folgen: „Was soll's - damüssen wir eben durch!“ Viele haben tiefe Wurzeln in der DDR und einige sogar: Uns macht das Leben keine Freude mehr! Nachdem wir im Kaiserreich Kinder waren, die Weimarer Republik durch- und den Faschismus überlebten und nach 1945 erst die antifaschistisch-demokratische, dann die sozialistische Ordnung in der DDR mitaufgebaut haben, müssen wir nun auf unsere alten Tage noch einmal den Kapitalismus der BRD über uns ergehen lassen! Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß er farbig, vielfältig, schunkelnd und bratwurstig-deutsch-einheitlich daherkommt.

Elterliche „Hinterbliebenen“ standen 1989 - 1990 erschüttert und beunruhigt am Krankenbett und hätten nur allzu gerne geholfen, wenn nur klare Auskünfte und Hinweise über den Zustand des noch keineswegs altersschwachen Patienten und die notwendige Therapie zu erhalten gewesen wären. Doch die Ärzte auf der Station waren selbst hilflos oder ließen sich weder hören noch sehen. Chefarzt Gorbatschow hatte ihnen mit den Rezepten von „Perestroika“ und „Glasnost“ de facto Sterbehilfe vorgeschrieben: Diemutwillige Selbstdemontage des Sozialismus in der UdSSR und ihren Teilrepubliken sowie die skrupellose Preisgabe der Bruderländer waren das Ergebnis. Welches Elend hat dieser Kurs, der den Untergang der UdSSR und eine Wiederherstellung der kapitalistischen „Ordnung“ in Rußland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zur Folge hatte, den werktätigen Massen gebracht! Was die Ärzte der Station auch getan hätten, ihre Patienten waren dem sicheren Untergang geweiht. Denn Moskau hatte - um im Bilde zu bleiben - alle lebenswichtigen Geräte bereits abgeschaltet. Und wie bei jedem Grabbesuch muß man auch hier einsehen, daß die tröstende Floskel nicht

immer zutrifft, jeder sei schließlich ersetzbar! Andererseits sollte man vernünftigerweise auch zur Kenntnis nehmen: Verstorbene wird trotz intensivster Trauer nicht wieder in seiner gewesenen Form lebendig. Jedoch im Unterschied zu unserem Gleichnis liegt nur ein Teil der DDR tatsächlich im Grab; ein anderer weiter wirkender Teil von ihr sind die Hinterbliebenen. Sie müssen mit ansehen, wie die Friedhofsverwaltung die Gedenkstätte rasch wieder zu schleifen versucht. Die Verstorbene soll so schnell wie möglich in Vergessenheit geraten.

Soviel politische, juristische und ideologische Aufwand würde im Kampf gegen den gar nicht mehr existenten sozialistischen Staat auf deutschem Boden wohl kaum betrieben, hätte er nicht jahrzehntlang funktioniert und den - wenn auch nicht vollkommenen - praktischen Beweis dafür erbracht, daß eine Gesellschaft ohne Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und zum Wohle der Massen durchaus möglich ist. Die alten und neuen Herrschenden bekämpfen uns Hinterbliebene der DDR, weil wir den Sozialismus real (im Unterschied zu rein gedanklichen Konstruktionen) gestaltet haben, und nicht etwa wegen der Mängel, die ihm noch anhafteten. Sie bekämpfen uns, weil wir bis 1990 dafür gesorgt haben, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr auszugehen vermochte (was man von der BRD seit dem März 1999 nicht mehr sagen kann).

Waren die Mühen umsonst? Waren die Kämpfe für die Überwindung der Ausbeuterherrschaft seit Münzer, seit den Aufständischen oder Widerstand Leistenden von 1848/49, 1871, 1917, 1918, 1933 bis 1945 vergebens? Oder ist es so, daß nach all diesen Anstrengungen nicht einfach zur alten Tagesordnung übergegangen werden konnte, daß sie doch als gesellschaftliche Hefe, als Triebkraft des Fortschritts gedient haben?

Besteht heute in der BRD nicht gerade die Hauptschwierigkeit für jede soziale Klasse oder Schicht und deren jeweilige politische Parteien darin, daß sie nicht mit der Einverleibung der sozialistischen DDR zurande kommen? Daß ihnen der Bissen in der Kehle steckt, weil er zu groß und voller Widerhaken ist? Das hat offensichtlich etwas damit zu tun, daß es 1990 keine „Wieder“-vereinigung zweier deutscher „Teilstaaten“ gegeben hat. Vielmehr ist die BRD das einzige Land, in dem versucht wird, ein sozialistisches in ein kapitalistisches Land gewaltsam hineinzupressen. Das ist ein Vorgang, der den objektiven weltgeschichtlichen Erfordernissen der Vergesellschaftung der Produktivkräfte und dem Inhalt der Epoche seit Anfang des 20. Jahrhunderts zuwiderläuft. Und keine politische Kraft kann längere Zeit erfolgreich gestaltend wirken, wenn sie diese realen Vorgänge nicht zu verstehen versucht.

Was tun? Beraten wir uns mit Goethe. Er hat schon im September 1823 in einem Gespräch mit dem Kanzler Müller deutlich gemacht: Es gibt kein Vergangenes, das man zurücksehen dürfte; es gibt nur ein ewig Neues, das sich aus Elementen des Vergangenen bildet, und die echte Sehnsucht muß stets produktiv sein, ein Neues, Besseres erschaffen.

Eike Kopf

Ein satirisches Wort zur Rechtschreibreform

Von Schänke zu Schenke

Bekanntlich beschloß die BRD-Kultusministerkonferenz im Dezember 1995 eine Rechtschreibreform, deren Regeln ab 1998 schrittweise eingeführt wurden. Bis 2005 gelten alte und neue Schreibweisen nebeneinander. Fälle der Nichtbefolgung sind dann Zuwiderhandlungen im juristischen Sinne. Mit anderen Worten: Ab 2005 stellen Schreibfehler Gesetzesverstöße dar!

Vielleicht kommt die Obrigkeit auch noch auf den Gedanken, einen „Bußgeld“-Katalog einzuführen. Das hätte zwei wesentliche Vorteile: Erstens flösse dem Staat ständig Geld in seine chronisch leeren Kassen; zweitens würden neue Arbeitsplätze geschaffen (Geld-eintreiber, Bürokräfte, Analytiker, Juristen, ABM-Detektive usw.). Noch ein Geheimtip für Herrn Eichel: Die zusätzliche Entrichtung einer Rechtschreib-Mehrwertsteuer und einer von jeder Bearbeitungsinstanz neu zu erhebenden Gebühr sowie die Einführung einer Rechtschreib-Öko-Steuer wären gute Extracommuniquen für Bund und Länder.

Auch ist vorstellbar, daß die Finanzämter die Befugnis erhalten, eine pauschalisierte Bußgeldvorsaußbestimmung von jedem Bundesbürger einzuziehen. Im Falle einer Überbesteuerung hätte der Betroffene das Recht, durch entsprechende Anträge unter Beifügung notariell beglaubigter Belege den zuviel gezahlten Betrag zurückzufordern. Hierzu kann jeder danken (abgel. von Gedanken), was er will; und falls ihm das soeben Gesagte nicht schmecken (abgel. von Geschmack) sollte, so steht es ihm ja frei, im neuen Wörterbuch nachzuschauen. Ich bin aber überzeugt, daß die Problematik auch ohne Zuhilfenahme eines solchen Nachschlagewerkes nicht schwer zu verstehen (abgel. von Verstand) ist. Zu bedauern ist die Inkonsistenz, mit der die Schreibreform in Überfülle befaßt ist. Dazu lohnt es sich, auf ein Beispiel etwas näher einzugehen. Es betrifft die Anwendungsmöglichkeit der beiden Worte Schenke und Schänke. Hier scheinen sich die Reformer in Schwierigkeiten zu befinden. Zuzustimmen ist, daß Schänke von Ausschank abgeleitet wird. Wie aber verhält sich das mit Schenke? Hier gibt es nichts Adequates. Da spricht man eben von ausschanken. Aber schenken (abgel. von Geschenk) ist etwas völlig anderes als schänken (abgel. von ausschänken). Folglich ist es falsch, es dem Schreiber zu überlassen, ob er Schänke oder Schenke an die Stelle des Begriffs Gaststätte bzw. Wirtshaus setzt, weil dabei Schänke mit einem nichtexistierenden Begriff gleichgesetzt wird. Daß der Kneipier (warum nicht Kneipen?) beim Ausschanken auch gelegentlich etwas verschenken kann (z.B. Freibier), darf die Sachlage, daß „ausschenken“ und „schenken“ keineswegs identisch sind, nicht verschleiern. Auch das Finanzamt dürfte verärgert sein, wenn es nicht mehr zwei von einander unabhängige Steuern erheben kann: die Schenkungs- und die Schanksteuer.

Ich hoffe, mit dieser schlüssigen Argumentation die Kultusprofis mitgesetzt zu haben. Oder? In einem solchen Falle müßte ich dann noch einmal mein Gesäß (abgeleitet von sitzen) drücken und mich erneut auf ein Massen (abgeleitet von Maßnahmen) der Kräfte vorbereiten. Dann würde ich bestimmt aufgeweckter (abgeleitet von wachmachen) zu Werke gehen.

Eine weitere Inkonsistenz, die mir beim Studium der Schreibreform aufgefallen ist, besteht in der Eindeutigkeit gebräuchlicher Fremdwörter wie z.B. Portemonnaie, das jetzt sifruigerweise Portmonce heißt. Bei Portfeuille (Portföj?) und ähnlichen französischen Begriffen ist eine solche Vertauschung ja auch nicht statthaft. Daß man von einer Verunstaltung des Wortes Klavier Abstand nimmt, beruhigt mich; ebenso von Versuchen, ein deutsches Wort dafür zusammenzubrauen. Man hätte höchstens Schwachstarkasten - rückbrett dafür sagen können. Aber die meisten wissen ja gar nicht mehr, daß Klavier kein deutsches Wort ist. Weitere Schwierigkeiten mit der neuen Rechtschreibung dürften sich wohl daraus ergeben, daß es nicht mehr das Ohmsche Gesetz (Gesätz), sondern das ohmsche Gesetz heißen darf. Dieser Regel folgend müßte dann auch von der „Albert einsteinischen Relativitätstheorie“ die Rede sein. Ein Glück nur, daß alles relativ ist.

Norbert Krajewski

Flamme der Aktion und des Kampfes

□ Vor 95 Jahren, am 29. 9. 1904, wurde Nikolai Ostrowski als Sohn eines Eisenbahnarbeiters und einer Köchin geboren. Als Kind schon arbeitete er in der Schlosserei des Eisenbahndepots in dem ukrainischen Städtchen Schepetowka. Hier hörte er zum erstenmal vom Kampf der Arbeiter für ein menschenwürdiges Dasein. Die Ereignisse des Bürgerkrieges, der in der Ukraine besonders erbittert tobte, rissen auch die junge Generation in den Klassenkampf hinein. Zusammen mit gleichaltrigen Freunden erfüllte der junge Ostrowski gefährliche Aufträge des illegalen Revolutionskomitees. Im August 1919 ging er als Freiwilliger an die Front, wurde schwer verwundet und mußte aus dem Militärdienst ausscheiden. Auf dem rechten Auge erblindet, kehrte er nach Schepetowka zurück.

Als die Interventen geschlagen waren, nahm Ostrowski am Wiederaufbau von Kiew teil. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich mehr und mehr. Erblindet und fast völlig gelähmt, war er ab 1927 für immer ans Bett gefesselt. Da reifte in ihm der Plan, seine Erlebnisse niederzuschreiben. Im November 1930 nahm Ostrowski die Arbeit an seinem Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“ auf. Er beendete 1933 dieses große Werk, das er teils selbst geschrieben – mit Hilfe von Kartonschablonen –, teils uneigennützig Helfern diktieren hatte. 1935 wurde Ostrowski mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet. Bald nach Abschluß seines ersten Romans begann er ein neues Werk, „Die Sturmgeborenen“, dessen Vervollendung jedoch der Tod verhinderte. Am 22. Dezember 1936 starb Nikolai Ostrowski.

□ Das Buch „Wie der Stahl gehärtet wurde“ erwarb sehr schnell eine beispiellose Popularität. Sein Erscheinen wurde nicht nur als ein großes Ereignis im Bereich der Literatur gewürdigt, es wurde zu einer einschneidenden Zäsur des politischen Bewußtseins in der Sowjetunion. Pawka Kortschagin – der jugendliche Held des



Grafik: Kurt Zimmermann

Buches – wurde zum Sinnbild der jungen revolutionären Generation, zum Sinnbild ihres Optimismus und ihrer entschiedenen Kompromißlosigkeit, zum Sinnbild ihrer Hingabe an die hohen Ideale des Kommunismus. ... Mit dem Namen seines Helden Pawka Kortschagin auf den Lippen zog die sowjetische Jugend 1941 bis 1945 in den Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Es gibt Exemplare dieses Buches, die von Kugeln durchbohrt und von Blut getränkt sind. Inna Rudenko (in „Sowjetunion heute“, 1974)

□ Der französische Dichter Romain Rolland hat von Nikolai Ostrowski einmal gesagt, alles

in ihm sei „Flamme der Aktion und des Kampfes“. Und in der Tat ist das Werk Ostrowskis von diesem einen Grundzug bestimmt: Das Leben des Menschen kann nur sinnvoll sein, wenn es erfüllt ist vom Kampf um eine neue bessere Welt, vom Kampf für eine gesellschaftliche Ordnung, die es jedem ermöglicht, wirklich menschlich zu sein. Eine Gesellschaftsordnung, die die Schöpferkraft jedes einzelnen aktiviert, die das Wort Maxim Gorkis „Ein Mensch – wie stolz das klingt“ in seiner ganzen tiefen Bedeutung verwirklicht.

In Pawel Kortschagin hat der Gedanke von der Flamme der revolutionären Aktion und des Kampfes literarisch Gestalt angenommen. Der junge Kommunist, der tatendurstige Komsomolze ist seitdem zum Vorbild für die nachfolgenden Generationen in der Sowjetunion, in anderen sozialistischen Ländern und für viele junge Menschen in der ganzen Welt geworden. In den großen Schlachten der ersten sowjetischen Fünfjahrpläne identifizierten sich die Erbauer der großen Kraftwerke, der neuen Betriebe mit Pawel Kortschagin. Der Gedanke an ihn beflügelte die jungen Sowjetsoldaten, als sie zum Kampf um die Befreiung der Völker vom Faschismus antraten. ...

Uns half ein Pawel Kortschagin, das schwere Erbe des Faschismus zu überwinden, half geistige Trümmer aus verwirrten Köpfen zu räumen, war uns Wegbegleiter, als wir die DDR schufen. ... Das Grundmotiv des Lebens im Sozialismus hat Pawel Kortschagin vorgelebt – als Budjonny-Reiter in heißen Schlachten ebenso wie als verbissener Arbeiter beim Bau der Schmalspurbahn, als umsichtiger Kommissar auf abgelegenen Posten wie im Ringen um das Wissen, das er sich mühsam selbst aneignen mußte. Und er hat es vorgelebt im „Triumph des Geistes über den Körper“, wie Maxim Gorki im Angesicht des Todes von Ostrowski schrieb. Ostrowski gab sich nicht auf, solange er denken, solange er arbeiten konnte. ...

Die Aussage von Ostrowskis Werk ist aktuell bis zum heutigen Tag, so aktuell wie jene berühmten Worte, die Pawel Kortschagin am Grabe seines von konterrevolutionären Banditen ermordeten Freundes spricht: „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur ein einziges Mal gegeben, und er soll es so nützen, daß ihn später sinnlos verlebte Jahre nicht bedrücken, daß ihn die Schande einer unwürdigen, nichtigen Vergangenheit nicht brennt, und daß er, sterbend, sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten auf der Welt – dem Kampf für die Befreiung der Menschheit – gewidmet.“

(aus ND, 14. 8. 1974)

Einige der in früheren RotFuchs-Ausgaben in der Bücher-Ecke angezeigten Titel sind noch erhältlich. Bei Interesse bitte nachfragen!

□ Es sind außerdem noch einige der von Dieter Noll zur Verfügung gestellten Bücher (Die Abenteuer des Werner Holt, zwei Bände: In Liebe leben – Gedichte / Normalausg. [1985] und von Willi Sitte illustrierte bibliophile Ausgabe [1987]), teilweise mit Widmung, abzugeben.

BÜCHER-SUCHDIENST: Falls der eine oder andere Leser ein vergriffenes Buch sucht, bitte an die Redaktion wenden – nach Möglichkeit helfen wir (gegen etwas Futter für den RotFuchs) bei der Beschaffung.

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Ein großes Erlebnis war für mich die Teilnahme am historischen Fackelzug der FDJ am 11. Oktober 1949. Der laue Herbstabend unter den Linden, die blauen, roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen, die Fackeln, der Aufmarsch der 200 000 FDJ-ler, die Sympathie für den ersten Präsidenten Wilhelm Pieck und dessen Sympathie für die Jugend – das alles ist und bleibt mir unvergessen. Symbolisch ist, daß die damals 20-jährigen Fahnen- und Fackelträger in den folgenden Jahren die Geschicke des neuen Staates selbst in die Hand nahmen. Aus ihnen wurden Minister, Botschafter, Generale, Betriebsdirektoren, Bürgermeister, Professoren und Ingenieure, Lehrer und Erzieher. Das war ein Wesensmerkmal der DDR. Ich bin sicher, die Fackelträger von damals stimmen mir – bis auf Ausnahmen – zu.

Leider hat der Fahnenträger des Landesverbandes Brandenburg, Hans Modrow, seine Meinung geändert. In seiner Autobiographie schreibt er auf Seite 51: „Mit Abstand betrachtet, konnte diese Demonstration ihr Ziel, die gesamte Jugend zu überzeugen oder für die gesamte Jugend zu sprechen, nicht erfüllen. Der von 'oben' angeordnete Zug für Freiheit und Demokratie blieb ein ideologischer Kraftakt ...“

Als ich diese Zeilen las, schämte ich mich für Modrow. Ich habe es ihm geschrieben. Stolz bin ich auf alle, die dem Gelöbnis von damals entsprachen und der DDR 40 Jahre lang die Treue gehalten haben.

Dr. Roland Kießling, Prora

Lieber „RotFuchs“, Du weißt, wie sehr ich Deine Seite „Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus“ und die Beiträge ihres Hauptautors, Ulrich Huar, schätze. Zu seinem Artikel „Zur Theorie der Konterrevolution“ (August 1999) habe ich allerdings einige kritische Anmerkungen. Es ist natürlich zu begrüßen, daß die Konzeptionen des Erzvaters der schleichenden Konterrevolution, Zbigniew Brzezinski, und anderer in ihren Kernpunkten festgenagelt werden. Nur sind diese Konzeptionen keine „Theorie der Konterrevolution“, sondern – wie Sahra Wagenknecht richtig formulierte – „antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung“. Zum anderen fehlt mir in Huars Beitrag ein Hinweis darauf, daß die Strategie der Konfrontation erst dann in die zweite Linie trat und die Strategie des „Wandels durch Annäherung“ zur vorherrschenden Strategie des Imperialismus wurde, als nach dem XX. Parteitag der KPdSU immer deutlicher wurde, daß in der Sowjetunion eine Führung an die Macht gekommen war, die anstelle des Kampfes gegen den Imperialismus den Ausgleich mit ihm und das dauerhafte friedliche Nebeneinander von Imperialismus und Sozialismus zur Leitlinie ihrer Außenpolitik gemacht hatte.

Schließlich scheint mir die Feststellung, „Breshnew ging in die Falle (der 'Konterrevolution auf Filzlatzchen') und öffnete mit seiner Unterschrift unter das Helsinki-Abkommen der ideologischen Konterrevolution offiziell den Weg in die Sowjetunion“ mindestens in zweifacher Hinsicht ergänzungsbedürftig zu sein: einmal deshalb, weil Breshnew nicht das einzige Staatsoberhaupt eines sozialistischen Staates war, das das Helsinki-Abkommen unterzeichnete. Es

wurde von allen Staatsoberhäuptern der sozialistischen Staaten Europas (außer Albanien) signiert, auch von Erich Honecker, der sogar meinte, damit den Bonner Absichten, die DDR zu schlucken, endgültig einen Riegel vorgeschoben zu haben. Zweitens deshalb, weil die Initiative zur Aufstellung dieser „Fälle“ eines gesamteuropäischen Abkommens ja von den Staaten des Warschauer Paktes ausgegangen war, hatten sie doch in ihrem „Budapester Appell“ von 1969 eine solche Konferenz vorgeschlagen und in den nachfolgenden Verhandlungen auch der Teilnahme der USA und Kanadas sowie dem Korb III des Vertrages ihre Zustimmung gegeben.

Brzezinskis Strategie konnte nur zum Erfolg führen, weil die Sowjetunion einen revisionistischen Kurs steuerte und die anderen Warschauer Pakt-Staaten im Kielwasser der Sowjetunion mit schwammen.

Dr. Kurt Gossweiler, Berlin

Natürlich freuen wir uns über die Zusendung des „RotFuchs“, den wir aufmerksam lesen und für unsere Gäste auslegen. Leider ist es immer wieder so, daß derjenige, der den „RotFuchs“ zum Lesen mitnimmt, das Zurücklegen einfach vergißt, so daß der nächste umsonst Ausschau hält. Wir bitten Euch, uns nach wie vor den „RotFuchs“ zuzusenden. Eine Spende von 100 DM werden wir noch heute auf den Weg bringen.

Helmut Fleischhauer, Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e.V., Buchholz/Nordheide

Genossin Prof. Dr. sc. phil. Nina Hager hat herausgefunden, daß die Entscheidung, eine Konferenz zum 50. Jahrestag der DDR-Gründung ausgerechnet für den 3. Oktober 1999 einzuberufen, „Irritationen“ ausgelöst habe. Ich gestehe, zu den Kritikern dieser Entscheidung zu gehören, fühle mich jedoch dabei nicht im geringsten „irritiert“ oder gar „verwirrt“. Im Gegenteil: Ich halte - ohne irgendeine Unsicherheit - die Wahl dieses Tages für eine politische Geschmacklosigkeit ersten Ranges. In meinen Augen stellt dies eine Brückierung aller dar, die ihr Leben lang dafür gewirkt haben, die DDR zu einem geachteten Staatswesen zu machen, und für die der 7. Oktober stets auch ein persönlicher Feiertag war.

Ich kann nicht umhin, die Entscheidung für den 3. Oktober in den Kontext der seit fast zwei Jahren geführten Diskussion über die Rolle der DDR-Erfahrungen in der Politik der DKP zu stellen. (...) Im Referat der 7. Tagung des PV wurde die eigentliche Dimension der um das Sozialismus-Papier geführten Debatte deutlich: An die Adresse anonymen Diskussionssteilnehmer richtete man den Vorwurf, daß sie „Fehler, Irrtümer, Deformationen und die Verletzung der Gesetzmäßigkeit in den sozialistischen Staaten“ leugneten oder herunter spielten. „Die Niederlage des Sozialismus wird dann in erster Linie als Resultat der Sabotage des politischen Gegners ... gesehen. Daneben habe man ‘auch’ Fehler gemacht“, wurde gesagt.

Da ist es also heraus: Den Untergang der DDR und des Sozialismus hat vor allem die SED verschuldet und wir früheren SED-Mitglieder sollten uns gefälligst das Büßerhemd anziehen. Von Konterrevolution ist keine Rede. (...)

Manchmal habe ich bei einigen Genossen aus dem Westen - nicht bei der Mehrheit - das Gefühl, daß sie die Niederlage von 1989/90 nicht so sehr als unsere gemeinsame Niederlage begreifen. Offenbar betrachten sie die Bonner als Sieger, uns als Verlierer und sich selbst als Unbesiegte.

Annemarie Mühlefeldt, Berlin

Euer Artikel „Wir stehen zu Irmgard Jendretzky“ hat mich sehr betroffen gemacht. Ich bin entsetzt darüber, daß eine 81jährige Frau ins Gefängnis soll, weil sie an der Verurteilung schwerster Kriegsverbrecher mitgewirkt hat. Eurem Artikel stimme ich vollinhaltlich zu. Es sollte eigentlich zur Pflichtlektüre jedes politisch Verantwortlichen zählen! Häufig hört man, die BRD-Justiz müsse in der Verfolgung von „DDR-Unrecht“ nachholen, was die westdeutsche Justiz bei der Strafverfolgung von Nazi-Mördern unterlassen habe. Hier ein exemplarischer Fall: Der SS-Offizier Arnold Strippel hatte im April 1945 das Kommando beim Kindermord am Bullenhuser Damm. Dort waren 28 Häftlinge aus dem KZ Neuengamme zusammen mit 20 Kindern aufgehängt worden. Staatsanwalt Münzberg hatte 1967 die Ermittlungen gegen Strippel geleitet und war zu folgender Einschätzung gelangt: Dem Mord an den Fünf- bis Zwölfjährigen fehle das Mordmerkmal „Grausamkeit“, denn die Kinder seien vor dem Erhängen mit Morphium betäubt worden. Staatsanwalt Münzberg wörtlich: „Ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden, sie hatten insbesondere nicht lange seelisch oder körperlich zu leiden.“ Das Verfahren war von Münzberg wegen angeblicher Beweisnot dann eingestellt worden. 1983 wurde gegen Strippel aufgrund des gleichen Beweismaterials jedoch Anklage erhoben. Zum Prozeß kam es wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ des Angeklagten aber nicht. Münzberg wurde nach der Annexion der DDR stellvertretender Generalstaatsanwalt in Mecklenburg-Vorpommern.

Hubert Bachhofen, Weillburg

Die August-Exemplare unserer „Lieblingszeitung“ habe ich für die DKP-Parteigruppe Dessau erhalten. Inspiriert durch den „RotFuchs“, entwickelt sich jetzt auch die hiesige PDS-Zeitung „Typisch links“ immer mehr zu einem Organ unserer Solidarität mit politisch verfolgten Antifaschisten.

So, wie uns für alle Zeiten die DDR fest ans Herz gewachsen ist, so fühlen wir uns auch mit unserer Zeitung „RotFuchs“ auf das Innigste verbunden. Keine Sorgen, wir lassen Euch niemals im Stich! Damit die Stimme der Wahrheit immer mehr Menschen erreicht, möchten die Genossen Alfred Lehmann mit 100 DM und ich mit 30 DM aus Anlaß des 50. Gründungstages der DDR einmal zusätzlich an den „RotFuchs“ denken.

Karl Hertel, Dessau

Ich kann nicht umhin, bei der Freude über den August-„RotFuchs“ an das Schiller-Zitat zu denken: „Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Irdischen zuteil“. Diese Erkenntnis wird durch den Leserbrief von Frau Prof. Dr. sc. Nina Hager bestätigt. Stil und Inhalt ihres Briefes finde ich sehr bedenklich. Doch ist es nicht meine Sache, da hineinzureden.

Hineinreden aber muß ich, wenn heutzutage von Kommunisten (auch von anderen Leuten, die solche zu sein meinen), oberflächlich und gedankenlos die Parole „Frieden und soziale Gerechtigkeit“ in den Mund genommen wird. Wer, so frage ich, ist denn gegen Frieden und soziale Gerechtigkeit? Wegen seiner Beliebtheit und Allgemeingültigkeit ist dieses Schlagwort jedoch nicht geeignet, politische Aktivitäten auszulösen, wie sie von Kommunisten als notwendig erachtet werden und gewollt sind. (...)

Da Frau Prof. Dr. sc. Hager auch mir als Leser ihres Briefes die Empfehlung gibt, mit Menschen

hierzulande für soziale Gerechtigkeit und Frieden zu demonstrieren, möchte ich ihr empfehlen, unter dem Motto anzutreten: „Die DDR - der erste deutsche Friedensstaat, ein Garant sozialer Gerechtigkeit für alle!“ Das ist kommunistisch und trifft den Kern der Sache.

Kurt Walther, Leipzig

Habt Dank, daß der „RotFuchs“ noch immer zuverlässig seinen Weg nach Dresden findet. Beiliegend einen kleinen Happen für ihn.

Rudi Mittag, Dresden

Sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für die Zusendung des Probeexemplars! Gerne würde ich den „RotFuchs“ auch weiterhin lesen - er vermittelt eine andere, bitter notwendige Sicht der Dinge. Ausgesprochen gut hat mir als Pfarrer der Artikel „Zweierlei Sicht“ von Rolf Vellay gefallen, den ich mittlerweile schon oft - mit Quellenangabe versehen - weitergegeben habe. Mit herzlichen Grüßen

Erhard Reschke-Rank, Aachen

Herzlichen Dank für die ständige Übersendung des „RotFuchs“. Es ist für mich wichtig, Eure Hinweise und Argumente zu erhalten, um damit zu diskutieren. Der Genossin Jendretzky werde ich in Kürze über Euch einen Brief schreiben, denn ich weiß, was es bedeutet, vor Gericht zu stehen. Mein Revisionsverfahren hatte zum Glück Erfolg. Ich grüße Euch alle recht herzlich und übersende Euch eine kleine Hilfe, um weiter in den Genuß des Blattes zu kommen.

Erika Bach, Berlin

Prof. Dr. sc. Nina Hager beklagt sich im „RotFuchs“ Nr. 19 über Kritik (die sie als „Irritationen“ bezeichnet) an dem Beschluß, am Annexionswochenende (sie setzt den Begriff in Anführungszeichen) eine Konferenz der DKP zum 50. Gründungstag der DDR durchzuführen. Gegenüber ostdeutschen Kommunisten, die in Würde zur DDR stehen, und sicher nicht nur ihnen gegenüber, ist die Wahl dieses Datums des Sieges des Imperialismus über den Sozialismus auf deutschem Boden eine politische Instinklosigkeit.

Nicht anders sieht es mit der Verteidigung des mehr als bedenklichen Satzes in der DKP-Erklärung zu den 50. Jahrestagen von BRD und DDR aus, der da lautet: „Die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme wurde versäumt.“ Kann Nina Hager vielleicht ein „bestes Element“ des imperialistischen Systems nennen, das zu bewahren gewesen wäre? Es gibt keins. Der Imperialismus hat seit der Stunde seines Entstehens noch nie über ein gutes, geschweige denn gar bestes Element verfügt. Wer die demokratischen Rechte und Freiheiten, die sich die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte in der vorangegangenen Etappe des Kapitalismus erkämpften und in der folgenden des Imperialismus erweiterten, zu guten oder gar besten Elementen dieses mörderischen Systems erhebt, hat offensichtlich Entscheidendes vergessen oder verdrängt, was er einmal in marxistisch-leninistischer Theorie nachweisen mußte. (...)

In der DKP-Erklärung werden viele gewichtige Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung in Deutschland und herausragende Resultate der 40jährigen Existenz der DDR richtig dargelegt. Ihre Schwäche besteht allerdings darin, daß die

Autoren nicht zu einer klassenmäßigen Einschätzung des historischen Platzes und der Bedeutung der DDR vorgeordnet sind.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Poppenhausen

Schickt bitte den nächsten „RotFuchs“ unbedingt an unsere neue Adresse. (...) Da wir (!!!) ja eigentlich weiter den sozialistischen Weg gehen wollten, fällt uns manches im vereinten Lande recht schwer. Wir sind der festen Überzeugung, daß die DDR die bessere, weil gerechtere Gesellschaftsordnung hatte.

Hartmut Klier, Cornelia Klier-Bügel, Berlin

Herzlichen Dank für den 19. „RotFuchs“. Damit wir auch den 20., 30. usw. erhalten, schicken wir Euch zum 50. Jahrestag der DDR einen „Fünfiger“.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Wir danken Euch für die Übersendung Eurer Zeitschrift, an der wir auch weiterhin interessiert sind. In den engagierten und sachkundigen Beiträgen der Autoren finden wir die Zusammenhänge und Hintergründe der politischen Ereignisse dargestellt, die man in der etablierten Presse meist vergeblich sucht. Zur Begleichung der Portoschulden 30 Mark.

Ilse und Gerhard Geisler, Berlin

Genossin Berta E. Brichacek hat dem „RotFuchs“ die Ablichtung einer an den sächsischen Justizminister Steffen Heitmann gerichteten Protestadresse gegen die Verurteilung und Strafverfolgung von Irmgard Jendretzky mit 28 Unterschriften übermittelt, die von ihr auf dem Pressefest der „Volksstimme“ in Wien gesammelt wurden.

Herzlichen Gruß nach Wien!

Wir verstehen nicht, was Nina Hager zu dem Artikel „Zwei gleiche Schuhe“ (RF Juli 1999) eigentlich sagen möchte. Uns hat dieser Beitrag von S.R. voll aus dem Herzen gesprochen. Als „RotFuchs“-Bezieher haben wir ganz und gar nicht den Eindruck, daß von der Zeitung die „Sorgfaltspflicht gegenüber den Lesern verletzt wird“, wie N.H. schreibt. Auch wir sind der Ansicht - wenn man den 3. Oktober in irgendeiner Form begehen will, dann höchstens mit einer Protestdemo auf der Straße. (...) Was das Bewahrenswerte aus beiden Systemen betrifft, möchten wir ohne Überheblichkeit sagen: wir kennen nur Bewahrenswertes aus der DDR. Nichts, aber auch garnichts war im gesellschaftlichen System der BRD besser als bei uns. Nur in der DDR wurden die sozialen Menschenrechte eingehalten.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Auf dem UZ-Pressefest in Dortmund habe ich ein Exemplar der Zeitung der Gruppe Berlin Nordost „RotFuchs“ bekommen. Die Lektüre dieser ausgezeichnet gemachten Zeitung hat mich gleich begeistert. Besonders den satirisch geschriebenen Artikel „Küsse für Madeleine“ fand ich köstlich. (...) Da ich auch feststellen konnte, mit welchen finanziellen Schwierigkeiten Ihr bei der Herausgabe jeder weiteren Nummer des „RotFuchs“ zu kämpfen habt, ist es mir ein Anliegen, Euch mit einer kleinen Spende zu unterstützen. Ich möchte den „RotFuchs“ gerne im Abonnement beziehen. Weiterhin viel Erfolg bei der journalistischen Arbeit. Ich hoffe, daß uns solche Zeitungen wie die UZ, der „RotFuchs“ und die „Weißenfelder Blätter“ noch lange erhalten bleiben.

Mit vielen freundlichen und solidarischen Grüßen
Dipl.-Ing. Werner Philipp, Eschborn

Ein herzliches Dankeschön an Dieter Noll. Ich finde es großartig, daß er - wie auch andere Autoren - dem „RotFuchs“ einige seiner Bücher zur Verfügung gestellt hat. Die persönliche Widmung ist mir besonders wertvoll.

Herbert Schön, Berlin

Dem „RotFuchs“, unserer Zeitung, darf auf keinen Fall der Atem ausgehen. Er hat in den 19 Monaten seines Lebens auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus klare Positionen bezogen und stets die Wahrheit über die DDR verbreitet. Er hat den proletarischen Internationalismus verteidigt und die Solidarität wachgehalten.

Bis heute sind wir und die anderen ehemaligen Mitarbeiter des MfS Strafrentner im „Rechtsstaat“ BRD. Aber für unsere Zeitung haben wir noch immer eine Spende.

Prof. Willi Opitz, Bernd Kinzler, Potsdam

Am 25. August veröffentlichte das Statistische Bundesamt die Unfallziffern des ersten Halbjahres. 3 576 Menschen sind in dieser Zeit auf deutschen Straßen umgekommen.

Seit zehn Jahren wird in unseren „freiheitlich-demokratischen“ Medien um die 230 Personen getrauert, die in knapp 30 Jahren, ohne allenthalben angebrachte Verbotsschilder und Warnungen zu beachten, die DDR-Grenze zu durchbrechen suchten und dabei ums Leben kamen. Natürlich bedauern wir jeden, der auch auf solche Weise zu Tode gekommen ist. Doch wo ist hier der Unterschied zu einem selbstmörderischen Sprung aus dem 5. Stock? (...) Ich weiß nicht, wieviel Menschen jährlich an den USA-Grenzen sterben, bestimmt sind es hunderte, aber hier handelt es sich ja meist nur um Schwarze oder Latinos ... Auch die paar tausend Menschen, die der NATO-Krieg auf dem Balkan in drei Monaten umbrachte, waren ja nur Jugoslawen ... Aber wenn man bedenkt, daß auf deutschen Straßen in 14 Tagen mehr Menschen sterben als in 30 Jahren an der Grenze zwischen DDR und BRD, so kommt man doch auf den abenteuerlichen Gedanken, daß es mit der Ausgewogenheit der Medienberichterstattung nicht weit her ist.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Lieber „RotFuchs“! Proletarier aller Länder vereinigt Euch - Du machst Deinem Leitspruch alle Ehre, indem Du die beengten Grenzen Deines Viertels überschreitest und sogar im Ausland Resonanz findest. Was Du zu sagen hast, geht nicht nur eine kleine Gruppe an. (...) Das Layout, die gepflegte Sprache, das wohlthuende Schriftbild, Wissen und Klarheit der Artikel lassen mich immer wieder zum „RotFuchs“ greifen. Für einen alten Menschen mit manchen Gebrechen bist Du einfach eine Erholung. Anbei 500 Schillinge als Spende eines österreichischen Genossen, der mir schrieb: „Dies soll ein kleiner Bissen für unseren „RotFuchs“ sein“.

Gretel Neumann, Dresden

Liebe Gesinnungsfreunde, „Wir haben verstanden“, verkündet allabendlich der TV-Werbespot eines großen Konzerns. WIR auch !!! Wenn nicht sogar besser, denn wir können hinter die Kulissen schauen. Auch Dank des „RotFuchs“.

Joachim Loeb, Berlin

Vielen Dank für die August-Ausgabe. Eure Beiträge nehmen mir einen Großteil meiner Depressionen -

insbesondere der, allein auf weiter Flur zu stehen. Kein Beitrag fordert meinen Widerspruch heraus. Euer Spendenaufruf klingt sehr besorgniserregend. Ich lasse Euch deshalb noch mal 50 DM zukommen. (...) Ich danke Euch und bitte, bitte, macht weiter! Mit kommunistischem Gruß

Günter Buschow, Schwerin

Das interessante Buch des Genossen Günter Buschow „Ein ganz normales Leben in vier deutschen Staaten“ - der Redaktion wurden einige Exemplare vom Autor zur Verfügung gestellt - ist fast vergriffen und nur noch beim „RotFuchs“ gegen eine kleine Spende erhältlich.

Der 19. „RotFuchs“ hatte es wieder in sich. Er stürzte mich in ein Wechselbad der Gefühle. Nach BRD-Verständnis gehören Witwen zu den Gewinnern der „Einheit“. Das finde ich zynisch. Es wird mit der Witwenrente begründet. Von dieser anbei zum 50. im Oktober 50 Briefmarken. Der „RotFuchs“, er soll leben! Ein dreifaches Hoch, Hoch, Hoch!

Brigitte Marx, Zörbig

Anbei einen kleinen Obolus als „Überlebenshilfe“, zumal Euer Blatt im weitesten Sinne auch eine „Überlebenshilfe“ für unseren kleinen Kreis bedeutet. Die jeweilige Ausgabe wird immer wieder begrüßt und das Niveau der Beiträge anerkennend gewürdigt.

Christa Suhr, Berlin

Kürzlich erhielt ich aus Kiew von meinem Freund Sergej Iwanowitsch Titow, der im April 1945 als Angehöriger der Roten Armee mit Soldaten der U.S. Army bei Torgau an der Elbe zusammentraf, einen aufschlußreichen Brief. Da dieser eine Schilderung der aktuellen Situation in der Ukraine enthält, möchte ich diese Passage den „RotFuchs“-Lesern gerne zur Kenntnis geben.

„In der Ukraine erringen die Führer der OUN-UPA Anerkennung: das sind die ukrainischen Nationalisten, Anhänger von Bandera und Gehilfen von Faschisten. Sie kommen jetzt als Helden heraus. Wenn die Bandera-Leute während des Großen Vaterländischen Krieges Soldaten der Sowjetarmee hinterrücks erschossen und nach dem Krieg in der Westukraine das Aktiv jener Menschen vernichteten, die bei der Errichtung der Volkswirtschaft geholfen hatten, so stehen sie jetzt in vorderster Linie. Ihre Ideologie erfreut sich der Unterstützung des Westens, besonders in Kanada und den USA.“

Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig

Die „BZ“ - ein Organ des Klassenfeindes - brachte am 23. August einen Beitrag zur Gedenkfeier für Ernst Thälmann aus Anlaß des 55. Jahrestages seiner Ermordung. Natürlich in häßlicher Form. Man machte sich lustig über die Gehbehinderungen der alten Genossen und einen vermeintlichen Versprecher in der Rede Heinz Keßlers. Das war für den Klassengegner, (den André Brie ja nicht mehr wahrhaben möchte) alles, was ihnen zum brutalen Mord am 13. August 1944 einfiel. Man ist es nicht anders gewöhnt!

Die sozialistische Tageszeitung „Neues Deutschland“ veröffentlichte zum besagten Zeitpunkt keine Zeile über Thälmann, geschweige denn über die Gedenkfeier in Ziegenhals - ich habe sie mehrmals genauestens danach abgesucht. Gehört solcherlei Schweigsamkeit nun auch zum „demokratischen Sozialismus“?

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Herzliche Glückwünsche

Genossen der Gruppe Mitte übermitteln dem standhaften Kommunisten

HELMUT KÖNIG

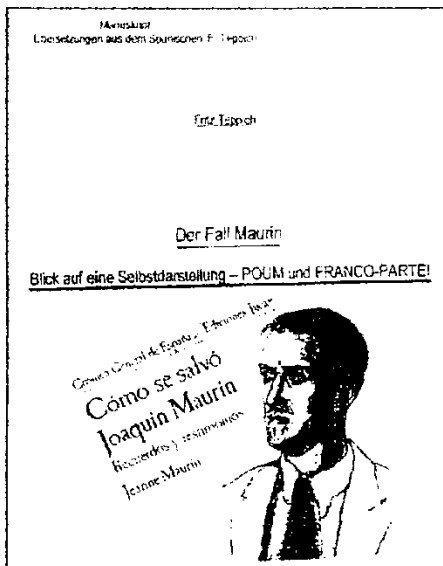
zu seinem **80. Geburtstag** am 27.9.1999 auf diesem Wege eine herzliche Gratulation, verbunden mit den besten Genesungswünschen.

Gabriele, Ilse und Monika sind wieder ein Jahr jünger geworden. Herzlichen Glückwunsch!

Der lebenslange Kommunist, Spanienkämpfer und gediegene Kenner der iberischen Problematik **Fritz Teppich** hat ein neues spannendes Manuskript „**Der Fall Maurin**“ vorgelegt. Der Autor beschäftigt sich auf eindrucksvolle Weise mit einem wichtigen Kapitel der Vorgeschichte des 2. Weltkrieges - dem Anschlag auf die Spanische Republik -, wobei er nicht nur die Rolle Francos, Hitlers und Mussolinis, sondern auch das Zusammenspiel der Franco-Faschisten mit pseudolinken Provokateuren deutlich macht.

Wer über das Spanien der 30er Jahre mehr erfahren will, dem sei Fritz Teppichs Report „**Der Fall Maurin**“. Blick auf eine Selbstdarstellung - POUM und FRANCO-Partei“ wärmstens empfohlen.

Zu beziehen über: Che & Chandler, Breite Straße 47, 53111 Bonn



TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wir laden alle Genossinnen und Genossen für Dienstag, den

26. Oktober 1999, um 19. 00 Uhr

zu einer Gruppenversammlung mit Mitgliedern des PV und des BV der DKP (angefragt) ins Haus am Franz-Mehring-Platz 1 ein.

Thema: Wie bringen wir die DKP in Berlin weiter voran?

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, sich auf die Diskussion gründlich vorzubereiten.

Der Kundschafter **Dieter Popp** hat die folgenden Zeilen (nach Brendan Behan, Irland) im Dezember 1992 in bundesdeutscher Haft geschrieben.

Gefühle

Es ist Trauer in meiner Traurigkeit, Doch die Trauer in meiner Traurigkeit
wenn ich traurig bin. und die Freude in meiner Fröhlichkeit

Es ist Freude in meiner Fröhlichkeit, sind nichts gegen die Gleichgültigkeit
wenn ich fröhlich bin. der Mächtigen und Verantwortlichen.

Aus Sowjetskaja Rossija



Jelzins und Beresowskis Schleuderbrett

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSdp):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Sigmar Eßbach

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Katrin Hellwig

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Frank Mühlefeldt

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter

Szalkiewicz

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.